

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarinen und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

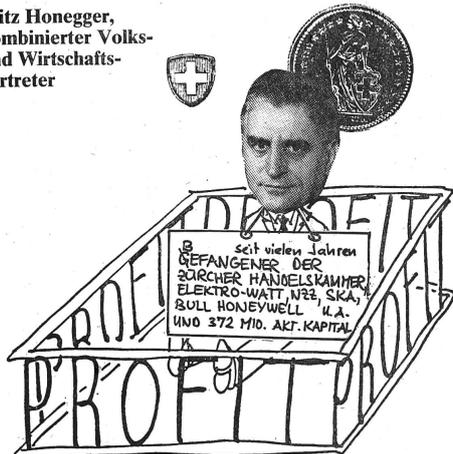
Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 0 (01) 47 75 30

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 0 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

| | |
|--|----------|
| Betrifft Sterilisation | |
| Leserbriefe | Seite 2 |
| 24 mal Dezember | |
| Ein alternativer Adventskalender | Seite 3 |
| Ivan Illich: Für eine wirkliche Schulreform von unten | Seite 4 |
| Das Referendum gegen die «soziale» Indikation | Seite 5 |
| Motor Columbus scheckelt in Argentinien | |
| Schweizerischer Elektro-Kolonialismus | Seite 6 |
| Das Festival von Tabarka | |
| Alternativer Tourismus in Entwicklungs ländern | Seite 9 |
| «Wir brauchen mehr unqualifizierte Arbeiter!» | |
| Warum Otto Fischer vom Gewerbeverband gegen die Hochschulförderung ist | Seite 11 |
| Politische Experimentalfilme | |
| Ein Bericht vom Berliner Film-Festival | Seite 13 |

Die aktuelle Entführung:

Fritz Honegger, kombinierter Volks- und Wirtschaftsvertreter



Eine Stellungnahme des Betroffenen

«Ich bin ein ganz normaler Fall»

Mein Rauschmiss bei den «Berner Nachrichten» sei «ein ganz normaler Fall», sagte der «BN»-Verleger am 28. November dem «Tagli». Das stimmt. Er ist auch nicht weiter spektakulär. Was mir passiert ist, geschieht täglich mit aktiven Gewerkschaftern oder «Linken» in zahlreichen Betrieben. Gerade weil der Fall aber so gewöhnlich, so unspektakulär ist, ist er auch typisch. Journalistenkollegen haben mir massenhaft auf die Schulter geklopft und gesagt, das Ganze sei eine Sauerei. Als es aber darum ging, ein 30-Zeilen-Communiqué in die Zeitungen zu bringen, hat sich keiner um die Geschichte gerissen. Häute ich irgendwo einen Molotow-Cocktail in einen Villengarten geworfen, hätten sich alle hungrig darauf gestürzt. Als ich das Kolleginnen und Kollegen erzählte, haben sie nur augenzwinkernd gesagt: «So mach es doch!» Traurig, aber wahr.

Nun, wir haben eine freie Presse, sagt man. Das ist wahr. Solange man sich nicht die Freiheit nimmt, die Öffentlichkeitsarbeit über Geschwinde zu informieren, welche dem Verleger nicht in den Kram passen. Haut man einmal über die verlegerbestimmte Schnur, dann fängt die Zensur an, oft in Form von subtiler Selbstzensur. Vergessen wir dabei nicht: Der Öffentlichkeit (dem Leser, Zuhörer, Zuschauer) werden damit allemal Informationen oder Meinungen vorenthalten, gleich welcher Art die Einschränkung der redaktionellen Freiheit nun gerade ist.

Subtile Formen: In wenigen Fällen wird es heissen, dass ein Journalist über ein bestimmtes Thema nicht mehr schreiben darf. Das wickelt sich vielmehr so ab, dass beispielsweise der Chefredaktor die Weisung erteilt, alles Material dazu (selbst harmlose Agenturmeldungen) hätte über seinen Tisch zu gehen. Damit erhalten die üblichen Redaktionsmitglieder ein faktisches Schreibverbot zu diesem bestimmten Thema. Auch das ist nicht erfunden. In den «BN» wurde dieser Mechanismus in den ersten drei Monaten des Erscheinens bei zwei stark kontroversen Themen, Strafvollzug und Atomenergiefragen (A-Werk Graben BE) angewandt. In beiden Fällen hatten die betroffenen Journalisten nicht etwa Unwahres oder zuwenig Abgestütztes verbreitet.

Und noch etwas: Meine ehemaligen Arbeitgeber interessieren sich besonders für meine «Gesinnung», was immer das ist. Sie interessieren sich auch für meine privaten Kontakte und hatten darüber Informationen. Kein Wunder, waren sie doch bis vor einem Jahr Abonnenten des Cincera-Denunzianten-Blättchens «Wer, was, wann, wie, wo». (Ob sie es heute noch sind, weiss ich nicht.) Fredi Hänni

motiviert Entlassung durch das Demokratische Manifest Bern und die Schweizerische Journalisten-Union (Sektion des VPÖD) an die Öffentlichkeit gebracht worden war. Gegenüber der Schweizerischen Depeschagentur (sda): «Die Entlassung eines Mitarbeiters fällt in den Kompetenzbereich eines Unternehmens.» Und dem «Tages-Anzeiger» erklärte der Leiter des mit der Herausgabe einer Tageszeitung immerhin stark zur Öffentlichkeit hin orientierten Unternehmens, ein solcher Entscheid gehöre in die «Intimsphäre des Unternehmens».

S Tüffel schenkt Dir Gratis-Ferien
Wie, kannst Du im beliebigen SSR-Programm nachlesen.

Das beschränkte Spektrum der Berner Zeitungslandschaft

«Es geht um ihre Gesinnung, Herr Redaktor!»

Berufsverbote auch für Journalisten: Wegen seiner «Gesinnung» (so der Verleger) wurde ein Redaktor der «Berner Nachrichten» (Münsingen und Langnau BE) auf die Strasse gestellt. Er hatte einen offenen Brief an den Bundesrat in Sachen Hindelbanker Frauengefängnis mitunterzeichnet, worauf die «BN»-Verwaltungsräte entschieden, der Journalist passe nicht mehr in ihre Zeitung.

Von E. Bernach

Berns Zeitungslesern wird eine magere Kost vorgesetzt. Was da von der vielgerühmten Pressevielfalt übriggeblieben ist, ist eine weitgehend gleichgeschaltete unabhängige und überparteiliche (lies stockbürgerliche) Zeitungslandschaft. Da kann eine sozialdemokratische «Tagwacht» (17W-Auflage 10 000) gegen die inseratenstarken FDP/SVP-Blätter «Berner Nachrichten» (8BN-Auflage 80 600), «Berner Tagblatt» (BT: 60 000), «Der Bund» (58 000) und «Bieler Tagblatt» (26 000) nur wenig ausrichten.

Herr über Information und Spiele

Am schlimmsten haben es die Zeitungskonsumenten im bernischen Seeland. Das Monopol-«Bieler Tagblatt», in eiserner Hand des Verlegers Willy Gassmann, hat keine ernsthafte Konkurrenz zu fürchten. Paradox: Die Bevölkerung der «Zukunftsstadt» Biel mit

ihrer sozialdemokratisch/linksliberalen Mehrheit wird beinahe ausschliesslich von der reaktionärsten Berner Tageszeitung informiert. Aber beherrschen tut er nicht nur die (Schein-)Information, sondern auch die Spiele: Der Eishockey-Club Biel wird vom Gassmann beherrscht. Ablenkung für arbeitslose Uhrenarbeiter?

Nicht viel besser steht es mit dem «Berner Tagblatt», das traditionell von den Bern-Bürgern, den Nachfahren der Patrizier, kontrolliert wird. Das «BT» bietet sich jenen Stadtbürgern gerne als «Alternative» an, denen der «Bund» zu nobel ist. Jedoch: Wichtige Informationen aus dem regionalen Bereich werden, falls nicht genehm, systematisch verschwiegen. Und die «BT»-Macher haben mitunter auch heute noch ihre braune Vergangenheit zu bewältigen. Das las sich – übrigens auch in anderen gutbürgerlichen Zeitungen – vor 40 Jahren im «Berner Tagblatt»: «Der Faschismus ist nicht die riesige Maschine im Rückwärtsgang, er strebt gewaltig vorwärts» (1. 2. 1933). Erst gegen Ende der



Die neuesten Nachrichten aus Bern

dreissiger Jahre reichte sich das Organ des bernischen Patriziats in die Reihe der Vaterlandsverteidiger ein...

Liberalismus nach Kalkül

Vornehmer gibt sich der freisinnige «Bund», der noch bis 1964 das Etikett «Organ der freisinnig-demokratischen Politik» führte. Später vertauschte man es mit dem modernen Untertitel «unabhängig, liberal». Verkauft sich besser, oder?

Die mit Inseraten (bis zu 50 Prozent des Umlages) vollgestopfte «Berner NZZ» unterstützt denn auch nach Kräften freisinnige Politik, wenn nicht gerade ein SVP-Redaktor über die bernische SP herfällt.

Im grossen und ganzen also: Inhaltliche Unterschiede zwischen den vier Grossen lassen sich nur wenige herauschälen – ausser es passt zufälligerweise ins verlegerische Kalkül, sich ein etwas liberales Image zu geben. So geschehen beim Neuling «Berner Nachrichten» zu Beginn dieses Jahres.

Am 3. Januar 1977 rotierten die «Berner Nachrichten» – Werbung: «E Zytig, wo ke Chläber vors Muu nimmt» – erstmals über die Druckmaschinen in Münsingen (früher «Tages-Nachrichten») und Langnau (früher «Berner Zeitung»). Was mit viel roter Farbe appetitlich angerichtet auf den Markt geworfen wurde, war laut eigenem Urteil «eine Zeitung, die zuerst an ihre Leser denkt». Denkende Leser sahen aber bald ihre Hoffnung auf ein unterschiedliches Strömungen offenes Blatt enttäuscht. Brisante Themen wurden zwar immer mal wieder angepackt, dann aber meist wie heisse Kartoffeln wieder fallengelassen. Die seltenen kritischen Artikel bestätigten die Ausnahme von der (konservativen) Regel und waren lediglich dazu da, Leser der noch bornierten Stadtzeitungen «Bund» und «Berner Tagblatt» anzulocken.

Die Rechnung mit dem toleranten Image – gepflegt vorab mit Chefredaktor Hermann Battaglia (Ex-«Tagwacht»-Chef), der auf Geheiss seines neuen Arbeitgebers aus der SP ausgetreten war – ging auf. Die Kasse mit den Abonnenten, vor allem aber den Inserateneinnahmen klingelte. Jetzt konnte gesäubert werden. Der Redaktor Fredi Hänni hatte über die Klinge zu springen.

Redaktionsstatut – nicht mehr als ein Blatt Papier?

Hänni war schon vor seiner Anstellung von «Berner Students» her negativ aufgefallen. Statt aber bei der grössten Zeitung des Kantons Bern auf Maul zu sitzen, beging er mehrere Sünden: Er nahm ein Pressecommuniqué über festgenommene Flugblattverteiler des Soldatenkomitees Bern in die «BN»-Spalten auf, schrieb einen Kommentar zur ersten Petition aus dem Hindelbanker Frauengefängnis unter dem Titel «Not-schrei» (16. 3. 77) und berichtete über

die Besetzung der «Spitalacker»-Beiz im Berner Breitenrain-Quartier (vgl. «das Konzept» 9/77). Damit war das Fass für die Verwaltungsräte übervoll. Kurzerhand wurde die Kündigung beschlossen, ohne «die betroffenen redaktionellen Mitarbeiter» rechtzeitig über diese «wichtige verlegerische Entscheidung» zu orientieren und anzuhören, wie es der Kollektivvertrag zwischen Verlegern und Journalisten und das «BN»-Redak-

Zensur mit Tradition

Zensur hat in Bern wie auch anderswo Tradition. Aufgehoben wurde die «Zensur» der Gnädigen Herren von Bern erst im Jahre 1831. Gleich beim Aufkommen der Buchdruckerkunst schon wurden im alten Bern die ersten Zensurverordnungen erlassen, so 1524 wider die «kätzerischen Büchli so verbrannt sollen wärdens». Zensur, wenn auch etwas verfeinert, hat sich bis in unsere Tage gehalten.

tionsstatut verlangt. Einmal mehr (Basler Zeitungsfusion usw.) hat ein Verleger demonstriert, dass Abmachungen mit den Redaktoren nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie stehen.

Handfester Mitgrund für die Entlassung war sicher ein Artikel über die «Spitalacker»-Besetzung. Ein «BN»-Verwaltungsrat (Max Lauterburg, Langnau) gehört nämlich auch dem Verwaltungsrat ebenerer Firma an, die den Abruch der spekulationssträchtigen Gebäude vor bernischen Gerichtsschranken durchgeboxt hatte!

Gesinnung «nicht bestanden»

Genau offen wurde in der Folge Hännis «Gesinnung», welche nicht mit der redaktionellen Grundhaltung der «BN» zu vereinbaren sei, als Kündigungsgrund genannt. Peter Dällenbach, Delegierter des «BN»-Verwaltungsrates, wörtlich zu Redaktor Hänni: «Es geht nicht um Verhältnisse gegen die publizistische Grundhaltung, sondern um Ihre Gesinnung.» Und der Chefredaktor Battaglia: «Es wäre schwierig, Ihnen konkrete Verstösse nachzuweisen.»

Hänni stolperte vorab über persönliche Verflechtungen des stark überalterten «BN»-Verwaltungsrates, der sich aus FDP- und SVP-Kreisen und Mitgliedern des Rotary-Klubs (mit entsprechender Milieuschädigung) zusammensetzt. So hatte bereits die Hindelbank-Geschichte bei der bernischen Regierung etlichen Staub aufgewirbelt. Höchste Vertreter des bernischen Strafvollzuges intervenierten telefonisch bei ihnen bekannten «BN»-Verwaltungsräten.

Entlassung: «Intimsphäre des Unternehmens»

Typisch für die Führung der bernischen Zeitungsbetriebe die Reaktion von Verleger Dällenbach auf Fragen von Journalisten, nachdem die politisch

Unabhängig-abhängig zwischen Lesern und Inseraten

Blick für Reichtumssteuer?

Unsere Väter und Grossväter lasen noch Parteiblätter. Uns umwerben immer mehr Zeitungen, die sich unabhängig nennen. Doch auch die grösste der «Unabhängigen», Ringiers Erfolgsblatt «Blick», ist wie alle kommerziellen Presseprodukte abhängig: zum grossen Teil von den Inserateneinnahmen, zum kleineren von den Abonnenten und Käufern. Es schadet nichts, sich diese Zeitungs-wahrheit Nr. 1 wieder mal zu vergegenwärtigen. Denn bei dieser Doppelabhängigkeit beginnt auch schon die Gratwanderung. Was gilt im Zweifel mehr? Die Interessen der Leser oder der Inseraten?

Ein geradezu klassisches Beispiel für dieses Dilemma ist die Welle, die der «Blick» gegen die steuerfreien Millionäre in Zürich und anderswo ausgelöst und geritten hat. Von allem Anfang an war der «Blick»-Redaktion wohl klar, dass solche Millionärgeschichten manchem Inserenten im falschen Hals stecken bleiben müssten. Mit seinen Artikeln agitierte «Blick» in diesem Fall effektvoller als manches noch so zielstrebige Linksblatt; er machte den Klassencharakter der Gesellschaft am Beispiel der Steuer-Unge-rechtigkeit sichtbar.

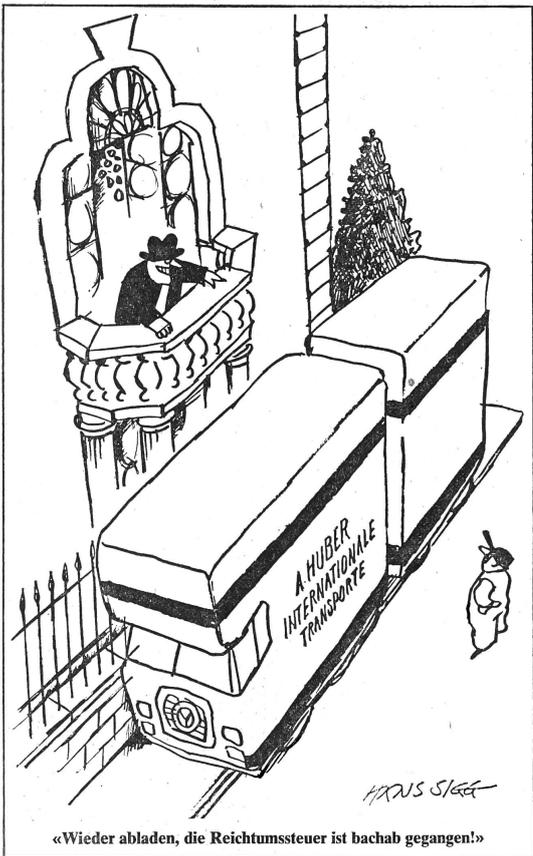
Allerdings agitierte «Blick» nicht, weil ihm die Klassengesellschaft ein Dorn im Auge ist. Auch nicht weil in seiner Redaktion besonders agitationsbefähigte Genossen sitzen. «Blick» hat lediglich einem inneren Gesetz des Boulevardjournalismus nachgelegt: Massenstimmungen aufzujagen. Die «Blick»-Macher wussten ganz genau, dass sich das Volk über Steuer-Druckeberger im Millionärstang empört, dass der kleine Mann von der Strasse, der den «Blick» kaufen soll, auf solche Herren eine ganz schöne Wut hat.

Tönt das nicht verheissungsvoll? Vergessen wir das grosse Aber nicht: Solche Massenmeinungsgeschichten, das ist ein weiteres Boulevardgesetz, dürfen um Himmels willen nicht grundsätzlich werden. Genau das passierte in unserem Fall. Die SPS verwendete die «Blick»-Schlagzeilen konsequenterweise auf ihrem Reichtumssteuer-Plakat. Das war dem «Blick» zu viel. So hatte er es denn



auch wieder nicht gemeint. Als Schrift-macher der «Klassensteuer» (so die Gegner) wollte er bei seinen Inserenten nicht dastehen. Vorhandene Empörungen in verkaufsfördernder Absicht schüren – ja. Aber das Millionenhebel an der Wurzel packen – nein. Prompt setzte der «Blick»-Anwalt bei der SPS alle möglichen juristischen Hebel in Bewegung, ohne grossen Erfolg allerdings.

Der «Blick» (und nicht nur er) greift Massenstimmungen auf und heizt sie an. Er bettet sie aber auch zynisch aus. Er will die alten Leser bei der Stange halten und neue gewinnen – weil ohne Leser kein Inserent inseriert. Eine Zeitung, die den Inserenten teuren Anzeigenraum verkaufen will, muss Leser anbieten können. Kurz und gut: Der «Blick» hat seine Leser mit Millionärgeschichten geködert, um selber zu seinen Millionen zu kommen. Lisa Schefer



HANS SIEGEL

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Frauenkalender 78

Eine Gruppe der FBB Bern hat ihren grossformatigen (40x60 cm) **Frauenkalender 1978** herausgegeben. Die Kalenderblätter sind phantasievoll gezeichnet und/oder fotografiert. Die Rückseite jedes Monatsblattes ist je einem bestimmten Thema aus Frauenperspektive gewidmet. Ebenfalls im Kalender aufgeführt sind alle Kontaktzentren, Informations- und Beratungsstellen für Frauen. Der Kalender ist für 10 Franken inkl. Porto zu beziehen bei: **Kalendergruppe der FBB Bern, PF 1471, 3001 Bern, PC 30-20704.**

Demokratischer Kalender

In diesem Kalender (40x60 cm) nehmen zwölf Künstler aus der BRD, aus Österreich und der Schweiz Stellung zur Wirklichkeit unserer Gesellschaften, beziehen Position gegen die zunehmende soziale und politische Unterdrückung. Nicht mit Worten, sondern mit Zeichnungen, Grafiken, Holzschnitten; aber deshalb um so eindringlicher. Der Kalender kostet 20 Fr. und ist zu beziehen bei der **Vereinigung sozialistischer Kulturschaffender e. V., Ortsgruppe Tübingen, c/o W. Hesse, Neckeralde 16, D-7400 Tübingen.**

«Wir waren Cinceras Berner Spitzel»

Von allen bisher erschienenen Publikationen des Demokratischen Manifest (DM) ist die jüngste wohl die spannendste: **«Cincera alias César - Wir waren Cinceras Berner Spitzel»**. Nach diesem Erlebnisbericht zweier junger Berner gibt es über die Figur Cinceras keine Zweifel mehr: Zwischen 1972 und 1974 arbeiteten in Bern sieben Spitzel für Cincera. Die beiden wichtigsten packen hier aus: Ron Ganzfried und Pierre-Georges, die von der Berner Polizei und drei Direktoren protegiert wurden. Die sieben jungen Berner waren 16jährige Schüler und Lehrlinge, als sie vom kommunistischen Jugendverband über den Arbeitskreis Kritische Kirche bis zu Amnesty International alles ausspionierten, was Oberstleutnant Cincera für subversiv hielt. Drei seiner Spitzel schickte Cincera an die Weltjugendfestspiele in die DDR - zusammen mit einem Mitglied des Schweizerischen Aufklärungsdienstes. Der vorliegende Bericht widerlegt all die Lügen, die das FDP-Mitglied Cincera vor einem Jahr aufzuzählte, als der DM-Kassier Andreas Kühnis als Cincera-Spitzel entlarvt wurde. Die 96 Seiten starke, mit Dokumenten reich bestückte Broschüre ist im Buchhandel erhältlich oder kann gegen Voreinzahlung von 5 Franken auf PC 80-48476 (DM, Zürich, Vermerk «Cäsar») direkt beim DM bestellt werden.

Die Schweiz ist in Lateinamerika auf ihre Art präsent: In Argentinien hängen 16 000, in Brasilien gar 28 000 Arbeitsplätze von der Schweizer Industrie ab. In Brasilien belegt die Schweiz den fünften Platz in der Liste der Länder, die dort investieren. Und so sieht die Realität dieser Investitionen aus: Während für den Chemie-Multi Ciba-Geigy die Lohnkosten normalerweise etwa 30% des Budgets ausmachen, kann dieser Anteil in Brasilien auf 20% «gesenkt» werden.

Ein anderes Beispiel: Für die Brown-Boveri hat sich die Verbreitung der lateinamerikanischen Militärregimes in einer Erhöhung des Geschäftsumsatzes der 10 in diesen Regionen operierenden Unternehmen auszubezahlt: Von einem Anteil von 4,6% in 1970 ist er auf 6,4% im Jahr 75 gestiegen.



In China hat die Kampagne gegen die «Viererbande» unter anderem dazu geführt, dass die Scheidungsanträge rapid gestiegen sind. Die Information stammt allerdings aus Taiwan, aus dem in Taipei erscheinenden «United Daily». Abwegig scheint die Information angesichts des politischen Rigorismus in China nicht zu sein: die Demarkationslinie im Klassenkampf mitten durchs Ehebett.

Der «Erhard Spaniens», Wirtschaftsminister 1957-1965, Opus-Dei-Mitglied M. Navarro Rubio, hat ein politisches Beichtbrotchen verfasst: «Meine Prüfung». Darin heisst es: Gewissenstestfragen. «Ich fange mit dem Ersten an. Das Erste ist Gott. Mit dieser eindeutigen Erklärung lehne ich gleich vom Ansatz her viele Wahlscheine ab. 2. Als nächstes frage ich ohne Umschweife, wie sie (die Parteien) es mit der Familie halten. Ich prüfe ihre Einstellung zu den drei aktuellen Schlüsselfragen: Scheidung, Abtreibung, Verneinung der Lebensfreiheit und Einheitschule. Findet sich bei irgendeiner der Parteien herein auch nur der leisetste Hauch von Haarspaltelrei, halte ich mich mit mir nicht länger auf. In den Papierkorb mit ihrem Programm.» Wenn bei uns doch auch so deutlich geredet würde.

Der «Züri Lew», einträglicher Gratisanzeiger des Zürcher Verlagsgiganten Jean Frey AG, bietet eine neue Leistung: alle zwei Wochen eine **Wirtschaftsseite**, «damit Sie sich Ihre eigene kompetente Meinung in Wirtschaftsfragen bilden können». Themen der beiden ersten Seiten: «Braucht es Bankiers in den Verwaltungen?»; «Dirigieren die Banken die Wirtschaft?»; «Zum Bankentag»; «SBB-Polybahn immer beliebter»; «Aufträge der SBB an das Baugewerbe höher denn je»... Sponsor der Seite: Die SBB,

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Ihr Vorwurf, Frau S. V. in P., die Anstrengungen der Polizei in der Terroristenfahndung seien absichtsvoll ungenügend, ist ungerechtfertigt. Eben hat die Zürcher Kantonspolizei ihren jüngsten Erfolg zu vermelden: «Nach monatelanger Fahndungsarbeit» konnten die zwei gefährlichen Burschen ermittelt werden, welche im Juni dieses Jahres im Zürichsee nächtlicherweile ein veräutertes Kursschiff entführt hatten. Das Schiff selbst hatte damals bereits wenige Stunden später 300 Meter entfernt an einem Badeschiff angebunden - wieder ausgemacht und dem stolzen Kapitän zurückgegeben werden können. (Vgl. Meldung «Der Erfolg des Monats» auf dieser Seite.)

Der Erfolg des Monats

Nach monatelanger Fahndungsarbeit konnten die Täter ermittelt werden, die in der Nacht auf den 14. Juni in Richterswil das Kursschiff «Halbinsel Au» vom Steg gelöst und 300 Meter entfernt an das Badeschiff angebunden hatten. Es handelt sich um zwei Brüder im Alter von 21 und 26 Jahren, die das Schiff mit einem in Bäch SZ entwendeten Ruderboot als Finale einer Zechtour in dreistündiger harter Arbeit abschleppten. Bevor das Manöver gelang, ruderten die Brüder vorerst eine halbe Stunde vergeblich, da sie vergessen hatten, ein zweites Befestigungstau zu lösen. Strafrechtlich geht die Tat über «grobe Unfug» hinaus, da die beiden infolge «Störung von Betrieben, die der Allgemeinheit dienen», zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

«Tages-Anzeiger» vom 26. 10. 77

zweitgrösste unter den Schweizer Grossbanken. Kommentar des «Züri Lew» zu seiner neuen «Leistung»: «Wirtschaft ist für uns alle so wichtig, als das sie länger die Sache einiger Manager bleiben dürfte.» Da wird nicht mehr nur die nicht vorhandene Unabhängigkeit der Information von der Werbung beschwört, da wird Werbung selbst zur Information emporschlüsselt. Zeitung als Lakai einer Lobby.

Darin steht zum Beispiel: «Nun sind aber 1000 Franken von 1907 heute gut und gern 5000 Franken wert.» Wer also damals 1000 auf die Seite tat, hat heute 5000? Nicht eher so: Wer damals 5000 auf die hohe Kante legte, nimmt heute bloss noch den Wert von 1000 runter? Oder nochmals: 1000 von damals sind heute nur noch 200 wert? Verwirrspiel mit der Inflation und mit dem Zins.

Millionärisches hat bis Weller geschlagen: Allein im Kanton Zürich lassen sich 103 Vermögensmillionäre finden, bei denen kein steuerbares Einkommen vorliegt. «Dabei müsste es rein statistisch eigentlich gar nicht so kurios erscheinen», meint das Weltblatt von der Zürcher «Falkenzeitung». «Und es scheint schliesslich tatsächlich vorzukommen, dass Müll auf der Redaktion erliegen, die zu einer Schmälerung oder gar Neutralisierung der steuerbaren Einkünfte führen.» Und es müsste auch eigentlich gar nicht so kurios erscheinen, wenn sämtliche Lohnabhängigen, denen ihr Betrieb einen Lohnausweis ausstellt (mit Doppel an die Steuerbehörde), ihre Verluste nicht neutralisieren können, und es scheint schliesslich tatsächlich vorzukommen, dass - analog den «ertragslosen Vermögern» - ertragslose oder schwache Beschäftigten auftreten: Das Stempeln der Tausenden von Arbeitslosen.

Die alternativen «konzept»-Würfelspiele

sind in Separatdrucken im Format A 2 (60x42 cm) auf starkem Papier erhältlich:

Das **Schülerpiel «Alternativen im Klassenzimmer»** (ab Nr. 6/76), neu gezeichnet und in Dreifarben gedruckt, Preis 3.50 Fr. (ab 5 Stück 3 Fr.)

Das **«Arbeits-Los-Spiel»** (aus Nr. 1/76), Ausführung wie im «konzept», vergrössert auf A 2, einfarbig, Preis 1.50 Fr. (ab 5 Stück 1 Fr.)

Beide Spiele zusammen 4.50 Fr. Die Spielboxen sind auf Format A 4 gefaltet. Gegen Zuschlag von 2 Fr. pro Versand werden diese ungefaltet verschickt oder können ohne Zuschlag auf der Redaktion abgeholt werden (werktags 11-12 Uhr).

Bestellung gegen Vorauszahlung auf PC 80-37626, «das Konzept», Zürich (auf der Rückseite des Abschnitts deutlich gewässerte Spiele und genaue Adressangaben), oder telefonisch an die Redaktion «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Betrag in Noten und/oder Briefmarken beilegen.

Wie eine Krankenkasse mit den Frauen umgeht

Betrifft: Sterilisation

Anbei ein Beispiel frauenfeindlicher Krankenkassenversorgung; vielleicht könnt ihr damit was anfangen? Ich wäre froh um Veröffentlichung. Ich bin nämlich der Auffassung, dass eine solche Behandlung von seiten einer Krankenkasse nicht im subjektiven Arger, sondern in einer öffentlichen Diskussion ausgetragen werden sollte und Anlass zur Infragestellung der Funktion von Krankenkassen und Arzt sein könnte.



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion z, Rämistrasse 66, 8001 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Betr.: Sterilisation

Aufgrund meiner familiären Lage und psychologischer Überlegungen bin ich zu dem Entschluss gelangt, den Pillenkonsum zugunsten einer Sterilisation aufzugeben. Der Eingriff wird am Ende des Monats in einem Krankenhaus in Neuenburg vorgenommen; die Anwendung der neuesten medizinischen Erkenntnisse ist gewährleistet (Laparoskopische Methode). Da dieser Eingriff mit Sicherheit die medizinischen Kosten an meiner Person in Zukunft senken wird und ich der Gesellschaft die Kosten für ein weiteres Kind ersparen helfe, beantrage ich die Übernahme der Kosten durch Ihre Versicherungsgesellschaft, zumindest die Erstattung des grössten Anteils der medizinischen Aufwendungen.

In diesem Sinn halte ich es für meine Pflicht, Sie frühzeitig zu unterrichten, und hoffe auf eine positive Antwort Ihrerseits. Hochachtungsvoll

Sehr geehrte Frau C

Wir haben Ihren Brief vom 30. 8. a. c. erhalten.

Leider gehören die Sterilisation gleich wie die Empfängnisverhütungsmittel gesetzlich immer noch zu den Präventivmassnahmen und somit nicht in die Pflichtleistungen der Krankenkassen. Deshalb müssen wir Ihr Gesuch ablehnen.

Wir bedauern sehr, Ihnen keine positive Antwort geben zu können, und grüssen mit vorzüglicher Hochachtung

L' Avenir, Kranken- und Unfallkasse

Sehr geehrte Damen und Herren,

betreffend Ihren Brief vom 8. 9. 1977 mich Sie leider mitteilen, dass Sie sich Ihren ablehnenden Bescheid auf mein Gesuch einer Kostenbeteiligung an der Sterilisation nur als vehement frauenfeindliches Verhalten werten kann.

Wenn Sie mit der Argumentation operieren, dass die Sterilisation «gleich wie die Empfängnisverhütung gesetzlich immer noch zu den Präventivmassnahmen und somit nicht zu den Pflichtleistungen der Krankenkassen» (Zitat aus Ihrem Brief) gehört, dann ist es allerhöchste Zeit, dass dieses Gedankengut der medizinischen Versorgung abgebaut wird. Gerade präventive Massnahmen müssen vergütet werden, weil man die Kostenexplosion bei den medizinischen Kosten eindämmen; das ist eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit.

Eine Sterilisation ist im übrigen immer noch billiger als eine legale Abtreibung bzw. die Geburt und Erziehung von Kindern - für die Kasse und die Gesellschaft.

Wenn Sie als Kasse auch nicht von Gesetzes wegen dazu verpflichtet sind, sich an den Kosten dieses präventiven Eingriffs der Familienplanung zu unterziehen, so wäre es im verfassungsmässigen Bereich der Geschlechtergleichheit eine Pflicht ein solches freiwillig zu tun.

Ich bin persönlich nicht gewillt, Ihre Haltung stillschweigend entgegenzunehmen und zu akzeptieren. Wenn es auch den Frauen seit Zeiten gelehrt wird (die katholische Kirche tut sich da besonders hervor), sich passiv zu verhalten und zu gehorchen, so sind diese Zeiten auch im Kanton Freiburg/Schweiz bald vorbei. Werden Sie Ihren Namen «l'avenir» mit gutem Willen und gehen Sie der Zukunft mit jedem Beispiel voran!

In diesem Sinn gebe ich Ihnen Gelegenheit, Ihre Position zu überprüfen und erneut Stellung zu nehmen.

Als Journalistin werde ich mich bei ablehnender Haltung zu wehren wissen. Ich bin durchaus geneigt, geeignete Schritte zu unternehmen, damit diese skandalöse Behandlung der Frauen durch die Krankenkasse an die Öffentlichkeit kommt.

Seien Sie sich bewusst, dass man heute mit den Frauen nicht mehr alles machen darf, was man (= Mann) will! Die Diskriminierungen auch auf gesundheitlichem Gebiet müssen aufhören. Hochachtungsvoll

Sehr geehrte Frau C

Trotzdem man Ihren Brief vom 20. 9. 77 besser ignorieren sollte, halten wir darauf, Ihnen noch folgendes mitzuteilen:

1. Ihre Ansichten über gesetzliche Bestimmungen sind für uns nicht massgebend.
 2. Die Art, mit welcher Sie über Kindererziehung sprechen, veranlasst uns, Ihre Sterilisation als dringend indiziert zu betrachten.
 3. Da Sie die katholische Kirche und den Kanton Freiburg für rückständig halten, können wir nicht verstehen, was Sie an der katholischen Universität Freiburg als Studentin suchen.
 4. Sie würden gut daran tun, den Namen unserer Kasse künftig richtig abzusprechen. Dazu genügen einige Jahre Primarschule. Hingegen wäre eine fehlerlose Schreibweise für eine «Journalistin mit intellektueller Bildung» sicher von Vorteil.
 5. Wir denken nicht daran, auf unsern Entscheid vom 8. 9. 77 zurückzukommen, dies um so weniger, als Sie uns mit einer Pressepolemik drohen.
- Damit betrachten wir die Angelegenheit für uns als erledigt und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung
- L' Avenir, Kranken- und Unfallkasse

Ich brauche Eure Hilfe

Seit etwa vier Jahren gibt das Konzept auf Anfrage (mit franktem Antwortbogen) gratis ein Merkblatt ab, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: Adressen von Ärzten, denen Sie sich anvertrauen können, von Spitalern und Kliniken im In- und Ausland, wo Sie einen Abbruch vornehmen lassen können.

Das Bedürfnis nach solchen Informationen ist gross: wir versicken monatlich etwa 100 Arztsuchen. Der folgende Brief stellt als Beispiel für unzählige seiner Art (Sie erhalten die Liste auch, wenn Sie sich kürzer fassen):

Ich habe das Konzept zwar nicht abonniert, brauche aber trotzdem Eure Hilfe. Zufällig las ich im... ein Inserat Eurer Zeitung. Es handelt sich darum, dass ich unerwünscht schwanger bin. Ihr schreibt, dass Ihr eine Liste von vertrauenswürdigen Ärzten vertritt. Ich wäre Euch unendlich dankbar, wenn Ihr mir eine schicken könntet, da ich wahrscheinlich bereits seit 6 Wochen schwanger bin. Zwar sind mein Freund und ich sicher, dass wir zusammenbleiben, jedoch ist der jetzige Zeitpunkt ungünstig, weil mein Freund im Frühling das Technikum beginnen möchte und ich meine Ausbildung noch nicht beendet habe. Wir sind jung (er ist 21 und ich 17 Jahre) und ungebildet, eine Familie zu gründen. S. B., Pfäffikon SZ

Das schlechte Gewissen der Psychiatrie

«Fragewürdige Heilung psychischer Kranker», «das Konzept» Nr. 10/77

Ihren Artikel bzw. die Stellungnahme von Dr. med. Peter Frey habe ich mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Ich hatte geglaubt, dass die Schweiz keine solchen Probleme mehr hat. Auch wir kämpfen verbrissen gegen die E-Schock-Therapie und hoffen Sie in der BRD und Österreich bald verbieten lassen zu können.

In Sachen E-Schock hat die Psychiatrie ein eminent schlechtes Gewissen. Wir haben in München und Wien kürzlich E-Schock-Präsekonferenzen gehabt.

Ein sehr wichtiges Buch ist «Shock treatment is not good for your brain» von John Friedberg (San Francisco 1976).

Wenn Sie mir Ihre Nummern 7 und 8/77 von der Bel-Air-Affäre überlassen könnten, würde ich mich freuen. Primär beschäftige ich mich mit der politischen Psychiatrie. Zu diesem Thema erschien vor kurzem ein Sonderdruck (Dieter Storz: Politische Psychiatrie Weinheim: Beltz-Verlag 1977).

Dieter Storz
Vizepräsident der Deutschen Liga für Menschenrechte

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626

Redaktionsleiter: Bruno Baurwyl, Rudolf Krag, Rolf Neff, Beat Schweighofer, Liselotte Suter

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musiksektoren, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiess. Auflage 32 000.

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. 01 (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36 651 1-9-pp-Zeile -62 Fr. (einschl. Rabatt)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 1: 30.12.77
Inseratenschluss Nr. 1: 6. 1. 78

24 mal Dezember

Den lieben Mitmenschen Bilder, Wünsche und Ratschläge zum Advent...
☆☆☆

dem Kind einen Autounfall, damit es aus Erfahrung klug wird.
1



denke beizeiten daran Freude zu haben.
2

dem Schüler schlechte Noten, damit er sich früh an den Konkurrenzkampf gewöhnt.
3



übe jeden Tag zehn Minuten strahlen.
4

dem Lehrling weniger Lohn, damit er lernt, nicht des Geldes wegen zu arbeiten.
6

dem Studenten nur noch Fachwissen, damit er nicht auf falsche Gedanken kommt.
7



dem Mädchen mindere Startbedingungen, damit es auch als Frau noch Frau bleibt.
9



dem Jüngling Zucht und Gehorsam, damit er ein richtiger Mann wird.
11

wer andern ein Geschenk bereitet, erhält auch selber eins.
13

dem Arbeiter weniger Freizeit, damit er nicht zu denken beginnt.
14



wünsche nichts, was man nicht kaufen kann.
15

dem Armen genug Skrupellosigkeit, auch reich zu werden.
16

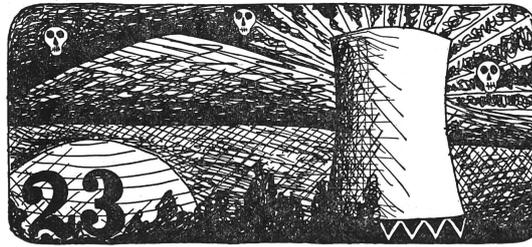


Weihnachtsgeschenke sind Opium für das Volk.
20



dem Reichen das Recht, so glücklich wie die Armen zu sein.
21

lobe Weihnachten nicht vor dem heiligen Abend.
22



...von Maja Bisig.
☆☆☆

Ivan Illich sprach in der Schweiz über Probleme einer wirklichen Bildungsreform

«Die Welt ausserhalb der Schule steht im Brennpunkt»

Wenn reformiert werden soll, fragt sich immer: Wer reformiert? Meistens sind es Behörden, im Fall des Schulwesens die Erziehungsminister, zusammen vielleicht mit den Lehrern. Die Schüler dürfen allenfalls «zur Kenntnis nehmen». Gegen diese «Reform von oben» wendete sich der Sozialkritiker Ivan Illich, jugoslawischer Abstammung, der sich als Philosoph oder Arbeitsloser bezeichnet, in seinem Vortrag in Solothurn vor der Mittelstufenkonferenz. Der Reform von oben wäre die Reform von unten entgegenzusetzen, wenn diese nicht allzuleicht zur «Selbstvergewaltung» der

Betroffenen, nämlich der Schüler und der Lehrer würde. Denn über den Inhalt der Reform entscheiden noch immer die oben. Illich fordert deshalb eine Strategie der Reform durch jene, die draussen sind: durch jene, welche diesen Apparat durchlaufen haben, welche die «Unterdrückten» sind. Illich fordert eine Schulreform, die zuerst Gesellschaftsreform ist: die Demokratie der Betroffenen, und das sind heute alle. Erst von diesem Standpunkt aus kann die Forderung nach einem freien Lernen gestellt werden. — Im folgenden die leicht gekürzte Rede Illichs.

Unten und oben gehören zum Wortschatz der Hierarchie. Oben in der Schule sitzt die Verwaltung. Unten sind Schulmeister, Zöglinge, Wärter und Pedelle. Die Fachsprache siedelt «entscheidende Instanzen» oben an und «pädagogische Prozesse» unten. Wen Mechanik verstümmt, der spricht «oben» von der Verwaltung und «unten» von der Erziehung. Aber immer, wenn oben und unten auf Menschen bezogen werden, bleibt der Sinn hierarchisch, gleichgültig, ob der Beigeschmack der entsprechenden Ausdrücke den «Zögling» empört, dem 30jährigen «Schüler» peinlich ist oder dem jungen Herrn «Studenten» schmeichelt. Von einem «Oben» und einem «Unten» im Vorgang des Lernens zu sprechen stützt immer die, die «oben» sind.

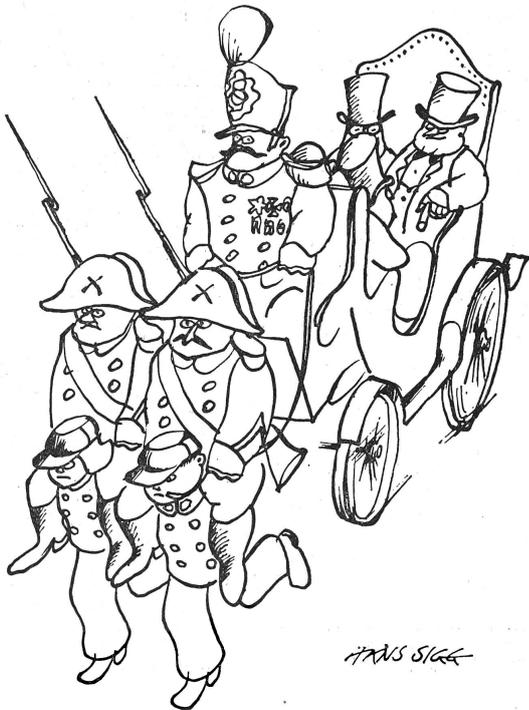
Die Mittelstufenkonferenz der Schweizer Lehrer hat es sich nun zur Aufgabe gestellt, eine Reform der Schule von unten her zu unternehmen. Das heisst wohl, dass die Neugestaltung der pädagogischen Vorgänge mehr als bisher aus der Initiative von Lehrern und Schülern heraus bestimmt werden soll. Wem das dient, ist nicht noch nicht gesagt: solche Reform kann denen da oben dienen, um «die unten» zur Mitverwaltung an der Erziehung von industriehängigen Menschen anzufeuern. Oder sie kann (muss aber nicht!) denen da unten zur Selbständigkeit verhelfen.

Reform von oben bedeutet Umschlag der Windrichtung, die nach dem Willkür von Dekreten und dazu Verordnungen, die der eine als Frühlingwetter, der andere als Naturkatastrophe erlebt. Reform von unten ist immer erfolgreich. Das ist so, weil derjenige der den Erfolg misst und die Presse über den Erfolg unterrichtet, ja auch immer an der Macht ist und daher den Massstab wählt. Was man aber an Erziehung setzen kann, das trägt seine Erklärung schon in sich — nämlich seinen Massstab: Es ist immer fremdbemessenes Wissen. Es ist Wissen aus der gesellschaftlichen Dose, also im Sinne Pestalozzis eine Respekt heischende, lügenhafte Belehrung. Der Druck von unten, der auf Reform der Schule als Produzent messbaren Wissens drängt, entpuppt sich als ein Kampf um die Mitbestimmung an der eigenen Vergewaltigung. Der politische Kampf von unten, welcher die pädagogische Reform nur in einem neuen Verwaltungsmuster sucht, ist also selbstgewollte Entmündigung und selbstbetriebe Vergewaltigung. Pädagogischer, innerschulischer Klassenkampf ist symptomatisch für den politischen Selbstbetrug, der in der gegenwärtigen Gesellschaft vorherrscht.

Falls es geschehen sollte, dass die Führer der Mittelstufenkonferenz an die Schlüsselposten des Erziehungsministeriums kämen, dann wissen wir doch heute schon, was bestenfalls herauskäme: mehr Fragebögen, die nach und nach feiner zu Angestellten, die sich jetzt Mitarbeiter an der Verwaltung schimpfen dürfen. Wahrscheinlich gäbe es dann auch mehr Stunden für Besprechungen zwischen Lehrern und Schülern, um zu entscheiden, wie, was, wann, von wem, warum, wem unterrichtet werden darf, kann oder soll — und um zu besprechen, ob die neuen Unterrichtspläne von oben her wohl bewilligt werden könnten. Wenn das Reform von unten her heisst, so ist das nichts als verblöbende Drossel für Verbraucher.

Reform durch die Unterdrückten

Reform kann aber auch umgekehrt angelegt sein. Sie kann von denen ausgehen, die sich nicht unterlegen, sondern unterdrückt fühlen. Dieser alternative Reformstrategie geht es nicht um anderen, sondern um weniger Unterricht. Aber dann die Reform der Schule es nicht mehr zum Ziel, Bedürfnisse nach Unterricht zu schaffen und zu befriedigen, sondern zu umgehen. Wenn aber Reform nur mehr darauf zielt, bestehende Bedürfnisse nach Unterricht progressiv abzuschaffen, dann sind die, die das wollen, nicht mehr «unten». Lehrer und Schüler, die sich gemeinsam dem Anspruch auf Entmündigung entziehen, stehen draussen und nicht unten. Die Schulpflicht schafft



Bildungsreform-Ausflug. (In der Reihenfolge: Schüler, Lehrer, Erziehungsdirektion, Industrie.)

wohl weiterhin Solidarität unter Vierzehnjährigen; aber diese Solidarität führt in erster Linie zu Selbstbestimmung im Lernen, nicht aber zu Mitbestimmung im Unterricht.

Wenn junge Menschen lernen wollen, dann erleben sie sich nicht unmittelbar als Zöglinge oder als Studenten: Durch solche Angehörigkeit zu einer Kategorie von Dienstleistungsklienten erwerben sie sich das Recht auf Existenz, aber oft nur auf Kosten der Fähigkeit, der Zeit und der Umwelt zum Lernen. Wenn junge Menschen wirklich lernen wollen, dann erleben sie sich als Entdecker, Entdecker, Forscher, Versucher, Verliebter. Sie wollen also etwas tun, wozu man gar nicht unterrichtet werden kann, auch wenn man dazu in den Unterricht kommt. Wenn Menschen lernen wollen, dann erheben sie einen Anspruch auf die Freiheit zu er-leben und nicht einen Anspruch auf das Recht zur pädagogischen Behandlung oder Belehrung.

Wenn man lernen will, dann sind die Schulen, in denen man steckt, der Lehrplan, an den man gebunden ist, die Aufgaben, die von oben gestellt werden, alles Beschränkungen der Freiheit zu lernen. Man erträgt dann Erziehung als ein notwendiges Übel auf dem Weg des Lernens. Man erduldet den Aufwand an Zeit, Mühe, Geld, der mit Schulung verbunden ist, in derselben Stimmung, in der man Lohnarbeit täte. Am deutlichsten wird die Entscheidung zwischen Mitbestimmung und Abbau von Entfremdung der Arbeit wohl am Fall des Universitätsstudenten. Das ist doch ein Mensch, der wissen könnte, dass er die überwältigende Mehrzahl der kostspieligen Unterrichtsleistungen, die ihm geboten werden, gar nicht braucht.

Schul- oder Gesellschaftsreform?

Der Grund dafür ist nicht, dass er das nicht wissen will, was man ihn lehrt, sondern dass er das wenigstens ebenso gut und sicher viel leichter wissen kann, ohne erst sich dem Unterricht zu unterziehen. Er muss sich also entscheiden zwischen Schulreform von unten und Gesellschaftsreform durch Schüler und Lehrer. Als Student kann er den Unterricht mitreformieren: wie wem was unterrichtet wird und wie der Lehrer seinen eigenen Erfolg prüft. Dem lernbegierigen Bürger geht es aber gar nicht

Gleichberechtigung zum Hinterfragen der Erziehung ist ein wesentliches Element in der Gleichberechtigung zum Lernen. Man könnte den Kampf um diese Gleichberechtigung als einen ersten Schritt zur Schulreform bezeichnen, die von jenen betrieben wird, die unten in der Schule sind und soweit wie möglich draussen sein wollen. Der Akzent solcher Reformen liegt auf dem Anspruch nach Freiheit zum selbstbestimmten Lernen. Mitbestimmungsgewalt über fremdbestimmte Bellefierung mit Unterricht kommt an zweiter Stelle. Mitverwaltung ist verworfen, wenn sie den Gesamtaufwand an Verwaltung herabsetzt.

Eine zweite Vorbedingung für die Reform der sozialen Bedingungen für das Lernen ist auch wieder schulgelunden: Sie besteht in der Forderung nach Freiheitsräumen in der Schule. Reform von unten will nur messbares Lernen. Reform von oben besteht darauf, dass Schüler und Lehrer durch Prüfung zur Rechenschaft gezogen werden können. Der zweite schulgelundene Strategiekomplex einer lernbefreienden Reform besteht auf dem Anspruch von Schülern und Lehrern, soviel Zeit wie nur möglich als Menschen zusammen zu verbringen. Nur dann, wenn innerhalb der Schule die Begegnung zwischen Lehrer und Schüler so privilegiert wird, dass dem Lehrer keine Rechenschaft abgefordert werden kann, wie warum, worüber und wann er mit seinem Schüler war, nur dann werden wenigstens kurze Zeiträume der Schulzeit lebendig und wirklichkeitsnah.

Wer Wirklichkeitsnähe der Schule fordert, kann leicht das, was noch gut ist an der Schule, zerstören. Schule ist wie Kirche prinzipiell ein Ort, an dem junge Menschen sich einer unmenschlichen Welt gegenüberstellen, um zu lernen, wie man sich ihr entzieht — oder wie man sie später einmal etwas mehr menschenwürdig gestaltet. Die Forderung des reformierenden Lehrers, sich als persönlicher Freund und nicht als verantwort-

licher Beamter um den Schüler zu sorgen, ist also ein zweischneidiges Schwert. Ist ihr Ziel, die Persönlichkeit des Lehrers zum Mittel zu machen, um den jungen Menschen in das Industriesystem zu verführen? Oder ist das Ziel dieser Forderung das Recht des Lehrers, dem Schüler das Erlebnis der persönlichen, sorgenden und fürsorglichen Freundlichkeit mit einem kritischen Erwachsenen anzubieten? Dazu kann man aber den Lehrer nicht schulen! Dazu sind Menschen vielleicht auf drei bis sieben Jahre in einem Leben fähig. Sicherlich haben diese beiden Grundformen der Reform von Schulen eine entscheidende Bedeutung für eine neue Gesellschaft: der Abbau von Erziehungswut und der Rechtsschutz für menschliches Verhalten der verbleibenden Erzieher. Beide Strategien gingen jedoch am Kern des Pudels vorbei, wenn der Reformator sie nicht im Dienst gesamtgesellschaftlicher Reform verstand.

Wir leben in einer warenintensiven Ökonomie. Nicht nur in der Schule wird unser Benehmen, unser Bedürfnis, unser Wünschen dadurch geformt, dass «die da oben» bestimmen, was wir vernünftigerweise wollen sollen. Wir haben uns daran gewöhnt, eine Welt zu wollen, in der hocharbeitsteilige Lohnarbeiter mit sehr engen, speziellen Kompetenzen zur Erzeugung von Tauschwerten beitragen, von denen wir süchtig abhängig sind und immer weniger Gebrauchswerte selbst schaffen. Die Welt sieht aus wie die Schule. Sie ist für Verbraucher und nicht für tätige Menschen geordnet. Lernen von der Welt heisst, in noch immer wachsendem Mass von Produzenten über Ware und ihren Wert unterrichtet werden.

Die Warenintensität der Industriegesellschaft ist der Grund dafür, dass so viel menschenunwürdige Erziehung gebraucht wird. Der Abbau von Verschulung ist wohl nur dann ein Dienst an der Bildung, wenn die Reformatoren in erster Linie sich für eine alternative Wirtschaftsordnung einsetzen.

Klammheimliche Repression an der Hochschule St. Gallen

Jagd auf Jäger?

An der Hochschule St. Gallen wird man sich in letzter Zeit wieder einmal einer altbekannten Tatsache bewusst: dass nämlich in der Hochschulpolitik die Privatwirtschaft einen dominierenden Einfluss besitzt. Zum einen sind die meisten Institute von Aufträgen und damit vom Goodwill von Industrie und Banken abhängig. Zum andern äussert sich diese Vorherrschaft in der Personalpolitik. Jüngstes Beispiel ist der Druck gegen den fortschrittlichen LdU-Politiker Franz Jäger.

Gerade die Anstellungspraxis macht neuestens wieder vermehrt von sich reden. Sie zeichnet sich vor allem aus durch das Fehlen jeglicher Transparenz. Man braucht nicht besonders scharfsinnig zu sein, um dahinter eine gewisse Absicht zu erkennen, denn bei Anstellungen werden politische Überlegungen allweil so stark gewichtet wie wissenschaftliche Kriterien. So sind denn heute der Grossteil der Professoren und Dozenten FDP-Mitglieder, und das in einem Kanton, in dem die CVP im Grossrat die absolute Mehrheit stellt. Zwar werden in jüngster Zeit vermehrt CVP-Kräfte nachgezogen, doch kritischer Geister anderer Parteien weiss man sich erfolgreich zu erwehren. Der SP-Nationalrat Hans Schmid darf nur geringen Einfluss auf die Personalpolitik der Hochschule St. Gallen ausüben, während der SP-St. Gallen und der Gewerkschaften

Wen erstaunt es das, dass auch die weitere Beschäftigung von Jägern am Schweizerischen Institut für Ausseiwirtschafts-, Struktur- und Marktforschung in Frage gestellt ist? Dessen Leiter, Prof. A. Nydegger, sitzt nämlich im Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie.

Dass sich allgemein Franz Jäger mit seinen kritischen Äusserungen zu aktuellen politischen Themen (z. B. Affäre Cincera) und seinen unbequemen Vorstössen in der Kantonal- und Gemeindepolitik dauernd in die Nesseln setzt, braucht eigentlich kaum speziell erwähnt zu werden. Ein Beispiel verdient jedoch besondere Beachtung. Er hatte nämlich die Frechheit, in der Öffentlichkeit zu verkünden, seiner Ansicht nach sollten einige Stadtratsrat nur halbamtlich besetzt werden. Stadtrat Hummler zahlte es ihm vorerst heim, indem er im Gemeinderat das von Jäger verfasste St.-Galler Strukturgutachten als kostenmässig überbrissen abkanzelte. Nun gut, wen stört das, interessant ist dabei nur, dass Hummler auch Mitglied des Hochschulrats ist.



Franz Jäger im Nationalrat

Was jetzt die Praxis der Beurteilung von Habilitationsschriften anbelangt, so kann nur auf die oben erwähnte Personalpolitik verwiesen werden. Der in «der Stadt unten» oft geäusserte Vorwurf, gewisse «geeignete» Kandidaten würden ein bisschen zu stark gefördert, passt gut ins Gesamtbild. In diesem Zusammenhang steht wahrscheinlich auch der überraschende Wegzug des jungen Professors Silvio Borer an die Uni Basel.

Leider sind alle diese Informationen kaum zu beweisen. In der Stadt wird zwar viel gemunkelt, aber oben am Berg stösst man bei Nachforschungen auf verschlossene Türen. Niemand ist bereit, die Allgewaltigen der Hochschule vor den Kopf zu stossen und seinen Arbeitsplatz zu gefährden. Ronald Isler

nach vermehrter Berücksichtigung dieser Arbeitnehmerinteressen überhört man geflissentlich.

Die Ansprüche des LdU nach entsprechender Berücksichtigung wurden bisher durch die Beschäftigung von Nationalrat Franz Jäger befriedigt. Neuerdings scheint dieser aber zu unbequem zu werden, denn man hört von Bemühungen gewisser Kreise, die weitere Hochschulkarriere des Dozenten abzubauen. So wurde denn auch im Sommer die Habilitationsschrift Jägers zur «Überarbeitung» zurückgewiesen. Das verwundert eigentlich niemanden, denn der Feinde Jägers sind gar viele. Der wichtigste Stein des Anstosses ist wahrscheinlich die Tatsache, dass er sich aktiv in der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung engagiert. (Franz Jäger ist Präsident der Schweizerischen Energiewirtschaft und Vorstandsmitglied des Vereins Atomkraftwerk Rütli-Nöin).

Mehr Öffentlichkeit!

Zu einer wirklichen Demokratie gehörte die Information des Bürgers auch über Dinge, die ihm heute verschwiegen werden: zweifelhafte Geschäftsgeschäfte, Machenschaften der verschiedenen politischen Lobbies und manches mehr. «das Konzept» möchte da eine Informationslücke füllen. Helfen Sie uns dabei, indem Sie uns einschlägige Unterlagen zustellen. Strengste Diskretion ist garantiert.

Ivan Illich im «konzept»: «Wenn Medizin krank macht...» (Über die Entwicklung zu zweckwidriger Technik). Nr. 6/75. Gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

Warum dieses Referendum gegen das neue Bundesgesetz zum Schwangerschaftsabbruch?

Gegen die «soziale» Indikation

Während der Junisession dieses Jahres haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz zum Schwangerschaftsabbruch, das sogenannte *Indikationsgesetz*, verabschiedet. Durch die *Ablehnung der Fristenlösungsmassnahme am 25. September 1977* tritt dieses neue Gesetz in Kraft.

Schon das bisherige Gesetz konnte nicht verhindern, dass jährlich 50 000 Frauen illegal abtreiben mussten. Das neue Gesetz verschlimmert diese Situation noch dadurch, dass auf zum medizinischen Gutachten ein *obligatorischer Sozialbericht* hinzukommt. Der Sozialbericht muss von einer durch die kantonale Behörde bestimmte Person erstattet werden, welche entscheidet, ob die soziale «Notlage» «schwerwiegend genug» ist, um die Erlaubnis für eine Abtreibung zu erhalten.

Die «Haken» des Gesetzes

Das Abtreibungsverbot wird verschärft (im Vergleich zur heutigen *Fristenlösung*, in der das jetzt gültige Gesetz zum Teil relativ lange gehandhabt wird) durch die einschneidende Beschreibung der Gründe, die eine Abtreibung legal machen.

Damit verleugnet das Gesetz die bestehende Realität: jedes Jahr sind Zehntausende von Frauen wegen der materiellen Verhältnisse, in denen sie leben, gezwungen abzutreiben.

Die Indikationen (Gründe) werden zwar eng, aber inhaltlich ungenau definiert, so dass der Staat sie nach seinen Bedürfnissen auslegen kann.

Jede Erlaubnis abzubreiten wird abhängig von der Kontrolle des Staates über das gesellschaftliche und private Leben der Frau und ihrer Familien.

Das Gesetz verstärkt die Unterdrückung der Frauen, indem es sie als unmündig und als Sozialfälle behandelt, sobald sie eine ungewünschte Schwangerschaft abbrechen wollen.

Die Kontrolle über die Abtreibung und Gutachter ist perfektioniert und im Gesetz ausführlich formuliert. Die Beschreibung der Kontrolle macht den Hauptteil dieses langen Gesetzes aus.

Die Kontrolle liegt in den Händen der Kantonsregierungen. Die Kantone werden ausführliche Anwendungsbestimmungen herausgeben und eine ganze Reihe von Kontrollstellen schaffen müssen, um das Gesetz anwenden zu können.

Es schränkt also die Möglichkeiten, eine Abtreibung zu erhalten, in jenen Kantonen, die eine liberale Praxis in diesem Bereich ausüben, ein und stellt einen Fortschritt dar in jenen Kantonen, die sich schon immer geweigert haben, Strukturen zu unterhalten, die eine Abtreibung möglich machen.

Das Beste daraus machen?

Es gibt Leute, die sagen, man müsse halt jetzt aus diesem Gesetz das Beste

machen; man könne es mit gutem Willen ja auch liberal interpretieren. Diese Argumentation ist falsch:

Erstens ist es falsch, ein Gesetz danach zu beurteilen, wie es sich bei der grosszügigsten Interpretation auswirken könnte. Die Realität ist anders: Die Zustimmung der CVP und erzkonservativen Organisationen wie «Helfen statt töten» zu diesem Gesetz (beide lehnten ein Referendum ab) beruht ja gerade darauf, dass sie von einer möglichst engen Interpretation ausgehen.

Zweitens: Was Bundesrat und Parlament dazu bewegen haben, dieses Gesetz auszuarbeiten, ist der für den Staat unbefriedigende Zustand, dass das heute gültige Gesetz nicht angewandt

wird, nicht mehr strikt angewandt werden kann. Das heisst: das neue Gesetz wird angewandt werden müssen, wenn der Staat glaubwürdig sein will. Das zeigt die Erfahrung in der BRD, wo seit einem Jahr ein fast gleiches Gesetz in Kraft ist; seit seiner Einführung haben bereits zahlreiche Abtreibungsprozesse stattgefunden, und die Reisen nach Holland nehmen zu.

Das neue Gesetz verschärft also die bestehende Situation noch und ist eine Beeinträchtigung des Rechts aller Frauen und Männer; die Kinder zu haben, die sie wünschen. Das Referendum ist notwendig, um die Verschlechterung eines Zustandes zu verhindern, der heute schon empörend ist.

Stellungnahme der OFRA zur sozialen Indikation:

Warum wir dagegen sind

Gegen das neue Gesetz zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs haben sowohl Fristenlösungsgegner wie auch Teile der Fristenlösungsbefürworter das Referendum ergriffen. Die OFRA (Organisation für die Sache der Frauen) hat beschlossen, dieses Referendum nicht zu unterstützen. Dieser Entscheid bedeutet keineswegs, dass wir das neue Bundesgesetz, welches den legalen Schwangerschaftsabbruch im Falle einer sozialen Notlage vorsieht, als befriedigende Lösung ansehen. Für uns steht weiterhin fest, dass im Sinne der Fristenlösung die Frau allein bestimmen soll, ob sie ein Kind austragen will oder nicht.

Gegenüber der heutigen Situation bringt das neue Gesetz immerhin einige Verbesserungen: Neben der weiterhin praktikableren Möglichkeit, mittels eines psychiatrischen Gutachtens abzubreiten, sieht das neue Gesetz vor, dass eine Frau legal abtreiben darf, wenn sie das Austragen der Schwangerschaft in nicht anders abwendbare schwere soziale Notlage bringen würde. Das Erweitern der medizinischen Indikation um die soziale gibt uns Frauen immerhin die Möglichkeit, an Stelle psychischer Unfähigkeit die sozialen Verhältnisse als Grund für die Abtreibung geltend zu machen.

Wie liberal bzw. restriktiv der Begriff «soziale Notlage» interpretiert werden wird, wird wesentlich vom Einsatz der fortschrittlichen Kräfte – in erster Linie der Frauenbewegung – abhängig sein: es liegt an uns, für geeignete, fortschrittliche Gutachter zu kämpfen, dafür zu sorgen, dass die *Liste der Gutachter* öffentlich ist, dass die Beratungsstellen, die im Gesetz ebenfalls vorgesehen sind, tatsächlich im Interesse der betroffenen Frauen arbeiten und dass unsere eigenen Beratungsstellen anerkannt und subventioniert werden. Es ist an dieser Stelle darauf zu erinnern, dass auch in Holland, wo aus ganz Europa Frauen

hinreisen, um abzubreiten, der Schwangerschaftsabbruch nicht etwa frei ist, sondern auf Grund eines sehr liberal gehandhabten Indikationsgesetzes erfolgt.

Leider ist in den konservativen Kantonen durch das neue Gesetz kaum mit einer Verbesserung der bestehenden Situation zu rechnen. Das Gesetz formuliert aber ausdrücklich, dass die Abtreibung *nicht unbedingt im Wohnkanton* erfolgen muss, so dass für die Frauen aus benachteiligten Kantonen weiterhin die Möglichkeit bestehen wird, in einem fortschrittlichen Kanton abzubreiten.

Eine weitere positive Neuerung bringt das Gesetz in der Frage der Finanzierung: Das Sozialgutachten ist kostenlos, die Kosten für die ärztlichen Gutachten sollen *tariflich* geregelt werden und niedrig sein, und der Eingriff selbst soll



künftig von den Krankenkassen bezahlt werden.

Weil das neue Gesetz reale Verbesserungen gegenüber der heutigen Situation bringt, wird die OFRA dieses Gesetz nicht bekämpfen, sondern sich für eine möglichst liberale Handhabung einsetzen; selbstverständlich bleibt unser Ziel nach wie vor die Fristenlösung, für deren Realisierung wir weiterhin aktiv kämpfen werden.

Frauen mit runden festen Brüsten an, wie ich sie kennengelernt habe in Filmen und Werbung, aber auch auf der Strasse.

«Ich glaube, völlig integriert, akzeptiert und emanzipiert sind wir erst, wenn es auch mit dem *sex klappert*. Nicht bei uns, bei den anderen. Bei uns würde es ja klappen. Ich bin ja normal... Die körperlichen Funktionen sind normal. Nur das aussehen und die Leistung ist nicht normal, nicht den normen der reklameschönheiten und der Leistungsgesellschaft entsprechend. Sei gut im bett, schön zum präsentieren, dann bist du im...»

Ich fühle mich ertappt, angeklagt. Müsste ich versuchen, mit einer Behinderten zu leben? Aber, ich handelte aus dem hilflosen Versuch, mein soziales Engagement unter Beweis zu stellen, aus Mitleid. Und: Behinderte wollen nicht aus sozialer Pflicht geküsst und gestreichelt werden.

Nein, ich würde nicht mit einer Behinderten leben. Nicht nur, weil ich bereits mit einer Frau zusammenwohne. Behinderte Körper gefallen mir nicht. Vielleicht auch, weil der Zerfall des Lebens hier schon sichtbare Wirklichkeit ist. Weil ich Angst vor der Belastung, auch der zeitlichen, hätte. Weil ich nicht weiss, wo so Partnerschaft noch möglich wäre. Wenn die Frau, mit der ich jetzt lebe, durch einen Unfall behindert würde, dann gelänge es mir, hoffe ich, aber so...

«Ich könnte zwar sehr zärtliche gefühle haben, könnte sehr lieben... Aber, der mensch, den es betrifft, müsste vollständig umdenken. Er müsste nicht nur umdenken, er müsste auch umfallen... Er müsste mit einem streicheln statt einer umarmung zufrieden sein, mit eigener aktivität statt mit empfangener. Er müsste meine aktivität erahnen, ihr entgegenkommen, sie erfüllen und ausführen. Wer kann das schon? ...»

Ich bin nicht frei für die Möglichkeit, auch mit einer Behinderten als Partnerin zusammenzuleben. Damit schränke ich auch die Freiheit der Behinderten ein. Weil viele mit mir diese Freiheit nicht haben, nicht geben.

Das ist durchaus in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Nein, ich will meine Unfähigkeit nicht abschreiben. Aber, ich bin nun mal hier aufgewachsen, und hier habe ich meine, Hilfigkeit gegenüber Behinderten gelernt. Hätte ich als Kind mit Behinderten gespielt, so sähe ich heute zuerst den Menschen, dann seine Behinderung.

Was mir wichtig ist: dass wir lernen, Behinderte als Mitkämpfer für bessere Verhältnisse ernst zu nehmen. Dass wir sie nicht weiterhin in jene demütigende Outsider-Existenz zwingen, gleich jenen, die den Behinderten das Recht auf Kritik an der herrschenden Ordnung absprechen, ihnen vorhalten, sie sollten froh und dankbar sein, dass man sich hierzulande überhaupt um sie kümmere. Freiheit von sozialer Unterdrückung heisst auch Freiheit für Behinderte. Freiheit mit Behinderten. Ursula Eggli Buch hat mich daran erinnert: Der Weg zu besseren Verhältnissen muss für Rollstühle geeignet sein. Jürgmeier

Collage zu «Herz im Corsett», einem Buch von Ursula Eggli

Freiheit mit Behinderten

«Wem gott ein kreuz auflegt, dem gibt er auch die kraft, es zu tragen. Wie einfach. Wenn nur die welt hat zwischen tragen und kriechern, wird man wohl oder übel das tragen wählen und nicht lange fragen, ob man die kraft hat oder nicht.»

Ursula Eggli weiss, wovon sie schreibt: Sie leidet unter fortschreitender Muskelschwäche, der sie in den Rollstuhl zwingt und ihren Körper mehr und mehr schwächt. «Früher hast du trüben gemalt, dann nur noch bügel. Jetzt bist du froh, wenn du noch schreiben kannst.» Ihr Bruder ist Opfer derselben Krankheit. Ihre Mutter hat ein lahmes Bein und ist mit 53 erblindet.

Ursula Eggli erinnert mich an die tausend Selbsterfindlichkeiten, die ich täglich gedankenlos händelnd, die ich auf, ziehe die Kleider an, wasche mich, streiche mir ein Brot, nehme den Orangensaft aus dem Kühlschrank, renne die Treppe hinunter, tolle mit unserem Hund auf der Wiese herum, hocke auf den Töpf und brause in die Stadt. Sie macht mir diese Alltäglichkeiten bewusst, weil sie in all dem fremder Hilfe abhängig ist.

«Fremde finger fahren dir über die haut, reiben, verstreichen... Und alle diese finger haben einen andern rhythmus, nicht den deigenen. Hanni verreibt die creme, wie es dir angenehm ist, mit runden, ausführenden bewegungen, andere verreiben mit zaghaften kurzen strichen, tappen auf den wangen herum wie lästige fliegen... Schön, dass ich jetzt endlich diesen elektrorollstuhl habe. Es gibt mir ein ganz neues lebensgefühl... Ich fahre vom tisch weg, wenn es mir passt, nicht wenn die andern aufstehen, fahre allein zum telefon, hebe den hörer ab, warte. Ganz allein, ohne hilfe...»

Das schreckt mich an den Behinderten: die Endgültigkeit der Zerstörung. Bei «Kriminellen», Drogenabhängigen, seelisch «Kranken» bleibt die Hoffnung auf Veränderung der Lebenssituation. Aber: Ein verkrüppelter Leib bleibt ein verkrüppelter Leib. Ein Rumpf ohne Arme und Beine bleibt ein Rumpf ohne Arme und Beine. Und doch: Ursula Eggli schreibt aus ihrem Rollstuhl gegen ihr Schicksal an. Nicht demütig ergeben, wie es von Behinderten gewohnt sind, wie es von ihnen erwartet wird. Sie

lehnt sich auf. Nicht gegen die körperliche Behinderung. Aber gegen die zusätzliche seelische und soziale Behinderung, die besser schon Diskriminierung genannt würde. Gegen die Arroganz der Nicht-Behinderten, die sie nicht ernst nehmen, sondern ihre Begleiter fragen: «Was möchte es essen?» «Hat es jetzt Freude?»

Das Buch von Ursula Eggli wird mir zum bitteren Spiegel für meine verletzende Hilfigkeit Behinderten gegenüber. Ich weiss nicht, wie ich mich verhalten soll. (Behinderten gegenüber muss man sich ja ganz besonders verhalten.) Krampfhaft umgehe ich die Behinderung, im Gespräch, möglichst auch mit Blicken, um nicht ins Starren zu kommen. Ich verstecke mein Erschrecken, wage es nicht, die ganz natürlichen Fragen nach Ursache und Art der Behinderung zu stellen. Als könnte ich die Behinderten mit ihrer eigenen Behinderung noch schrecken. Ich bin froh um das Ghetto, das mich vor ihnen schützt, obwohl ich es verbal bekämpfe.

Ursula Eggli berichtet aus diesem Ghetto, d. h. vor allem von ihrem Verlust, diesem üblichen Behindertendasein zu entrinnen, mit Nicht-Behinderten in Kontakt zu kommen. Berichtet vom gegliückten Versuch einer Wohngemeinschaft und legt unmissverständlich den Finger auf den wunden Punkt in der Beziehung zu den «Gesunden», selbst zu solchen, die den Behinderten bei ihrer Emanzipation helfen möchten.

«Du kannst ein mann lang erklären, er sehen ein mädchen nicht als invalid an, er habe es total akzeptiert. Solange es kameradschaftlich ist, sicher, freundschaftlich auch. Aber sobald es um den sex geht, um den körper, da hört diese vielgepriesene akzeptanz bald auf. Da sind die besten freunde plötzlich erstarrt, sogar ensetzt, dass eine freundin eine frau ist, dass die kollegin auch andere bedürfnisse hat als nur diskutieren...»

Ich will es zugeben, mit derselben unverblühten Offenheit, in der Ursula Eggli Buch geschrieben ist: Auch wenn mir in einer Beziehung zu einer Frau ähnliche Lebensziele, gemeinsamer Lebensstil und Partnerschaft vordringlich sind, bin ich beherrscht von den Schönheitsidealen unserer Zeit. Sie legen Barrieren zwischen mich und Behinderte, und wenn ihre Behinderung nur Fettleibigkeit wäre. Mich ziehen schlanke

Kanton: Politische Gemeinde:

Referendum

gegen das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs.

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 89 der Bundesverfassung und gemäss Bundesgesetz vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, dass das Bundesgesetz vom 24. Juni 1977 über den Schutz der Schwangerschaft und die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf diesem Bogen können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in obgenannter politischer Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützen will, hat dasselbe eigenhändig zu unterzeichnen. Wer eine andere Unterschrift als die seinige beisetzt, macht sich strafbar (Art. 282 Strafgesetzbuch).

| Name und Vorname (eigenhändig und deutlich schreiben) | Jahrgang | Wohnadresse (Strasse und Hausnummer) | Kontrolle (leer lassen) |
|---|----------|--------------------------------------|-------------------------|
| 1 | | | |
| 2 | | | |
| 3 | | | |

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die obigen Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in hiesiger Gemeinde ausüben.

Ort: Datum: Die zur Beglaubigung zuständige Amtsperson: (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 10. Dezember 1977 an das Sekretariat des Referendumskomitees, Murbacherstr. 51, 4013 Basel das für die Bescheinigung der Unterschriften besorgt sein wird.

Ablauf der Referendumsfrist: 1. Januar 1978

Jahresabonnement Fr. 16.-

Statt irgendeiner Schnapsidee - schenken Sie Ihren Freunden und Bekannten klaren Wein ein!

Schenken Sie Ihnen das Konzept

- eine Zeitung mit Denkanfössen, mit fundierten Hintergrundberichten, mit guten Karikaturen, mit spritzigen Gags und Ideen
- eine gute Alternative zum kommerziellen, bürgerlichen Presse-Eintopf

Geschenkabonnemente laufen ab erfolgter Zahlung. Sie erhalten eine Rechnung. Mit diesem Talon können Sie «das Konzept» auch für sich selbst bestellen (gilt nicht für Abonnements-Erneuerungen!). Talon einsenden an: «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich (sk 12/77)

Ich erhalte diese Nummer von einem Bekannten*/durch Zusendung*/auf ein Zeitungsinserat hin*/als Probenummer*/Kiosk*/Abonnement*/Sie war aufgelegt*/in (*Zutr. unterstreichen)

Abonnement an: Name, Adresse, Beruf: Abonnement an: Name, Adresse, Beruf: Abonnement an: Name, Adresse, Beruf: Rechnung an: Name und Adresse:



Motor-Columbus – Elektrokolonialismus in Argentinien

Jahrelang gescheffelt

von der Arbeitsgruppe dritte Welt Bern

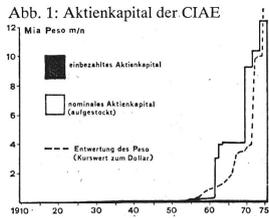
Während im krisengeschüttelten Argentinien wieder gefoltert und gemordet wird, die Wirtschaftspolitik nur noch Hungerlöhne zulässt, sieht die zur Motor-Columbus-Holding gehörende Compañia Italo-Argentina de Electricidad (CIAE) wieder einem besseren Geschäftsgang entgegen. Dass sich ihr Elektrokolonialismus auch bisher gelohnt hat, wollen wir im folgenden aufzeigen.

Kernstück des Elektrokolonialismus der Motor-Columbus bildet der 1961 mit abgeschlossenem Konzessionsvertrag der CIAE. Der für Argentinien damals mitunterzeichnende Wirtschaftsminister Robert T. Alemann ist, nebenbei erwähnt, natürlich ein Argentinier-Schweizer. Der Vertrag führte in den sechziger Jahren zu einer Expansion der CIAE und brachte der Schweizer Importindustrie Aufträge von ca. 100 Mio. sFr. (Maschinenlieferungen der BBC, Ingenieurarbeiten der Motor-Columbus).

Vor allem aber garantiert der Vertrag der CIAE eine jährliche, achtprozentige Rendite und inflationsschutzte Anlagen. Die Stromtarife sind nämlich so hoch angesetzt, dass sie der CIAE nach Abzug aller Unkosten, Steuern und Abschreibungen einen frei transferierbaren Reingewinn von 8% auf dem Anlagevermögen ermöglichen. Damit das Anlagevermögen jedoch nicht unter der argentinischen Inflation zu leiden hat, wird sein Wert jährlich in Dollars umgerechnet. Um die Summe, die der inflationäre Peso gegenüber dem Dollar dann jeweils an Wert verliert, werden die Anlagen einfach höher bewertet. Welche Beträge dabei herauskommen, zeigen wir weiter unten. Mitten in Buenos Aires stehen also Anlagen, denen der inflationsschwache Peso im Wert nichts anhaben kann, da sie wie eine Wirtschaftsklave behandelt werden. Dieser Mechanismus kolonialistischer Unternehmenspolitik bewirkt für den argentinischen Stromkonsumenten natürlich horrenden Stromtarife. Denn mit seinem billigen Peso muss er die Aufwertung der Anlagen und die garantierte Rendite bezahlen – damit der Schweizer Aktionär dann seine Dividenden einstreichen kann. So ist es natürlich nicht verwunderlich, dass ein argentinischer Arbeiter heute mindestens zehnmal so lang arbeiten muss als sein Schweizer Kollege, um eine Kilowattstunde Strom bezahlen zu können.

Gratisaktien und hohe Dividenden dank Elektrokolonialismus

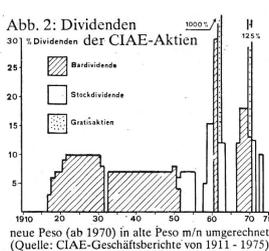
Betrachten wir die Aktienkapitalaufstockungen und die Dividendenzahlungen der CIAE etwas genauer, so erfahren wir mehr über die Verwendung der Aufwertungsgewinne. Abb. 1 zeigt den Anstieg des Aktienkapitals der CIAE, welches seit der Gründung 1911 bis 1976 um das 230fache zunahm. Es betrug am Anfang 5 Mio. Pesos (ca. 10,8 Mio. sFr.) und



wurde bis 1952 auf 140 Mio. Pesos (ca. 209 Mio. sFr.) aufgestockt. Es ist nicht bekannt, ob während dieser Zeit alle Kapitalaufstockungen tatsächlich durch Kapitaltransfers aus der Schweiz stattgefunden haben. Keine effektivierten Aktienkapitaleinzahlungen erfolgten jedoch seit 1952. Seit diesem Jahr wurden alle weiteren Erhöhungen durch Ausschüttungen von Stockdividenden oder Gratisaktien finanziert, so dass 1976 der Anteil des effektiv einbezahlten Aktienkapitals am nominal vorhandenen noch ganze 1/4% beträgt!

Aktienkapital 1952: 140 Mio. Pesos
1956: 214 Mio. Pesos
1964: 4139 Mio. Pesos
1970: 93 Mio. Pesos (nach Währungsänderung 100:1)
1976: 115 Mio. Pesos

Der Währungszerfall des Peso geht also nicht etwa zu Lasten der Aktionäre der CIAE, sondern zu Lasten der argentinischen Strombezügler. Dies erreicht die CIAE aufgrund ihrer kolonialistischen Wirtschaftspolitik, die in diesem Fall so funktioniert: Das Aktienkapital der CIAE ist in Pesos beziffert. Der Schweizer Inhaber von CIAE-Aktien erwartet aber nun eine Dividende in sFr. Um ihren Besitzstand zu wahren, verfügt die CIAE über die erwähnte Vertragsklausel, die ihren Besitz vor der Inflation schützt. Die mit dieser Vertragsklausel ermöglichten Aufwertungsgewinne werden durch die Ausgabe von Gratisaktien periodisch an die Aktionäre weitergegeben. Der erlittene Verlust der Aktionäre durch den Kurszerfall des Pesos wird also durch den Erhalt von Gratisaktien wettgemacht. Diese sind nach ihrer Ausgabe natürlich auch dividendenberechtigt. Zudem werden in Jahren mit grossem Gewinn neben den an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden (sog. Bardividende) noch zusätzliche Dividendenbeiträge für die Aktienkapitalerhöhung eingesetzt (sog. Stockdividende).



In Abb. 2 sind die Dividendenzahlungen der CIAE aufgeführt. Die aufsummierten Tantiemen und Bardividenden, die von 1911 bis 1976 tatsächlich in die Schweiz transferiert wurden, betragen (zu den jeweiligen Jahreswechselläufen umgerechnet) rund 270 Mio. sFr. Sie erfolgen selbstverständlich aufgrund des nominalen Aktienkapitals und nicht aufgrund des effektiv einbezahlten. Nimmt man jedoch das effektiv einbezahlte Aktienkapital als Berechnungsbasis der Dividendenausstattung, so ergibt sich für 1970 z. B. bei einer ausbezahlten Dividende von 13% (gemessen am nominalen Aktienkapital) eine solche von 840%, gemessen am effektiv einbezahlten Aktienkapital!

Nationalisierung – aber nicht auf dem Buckel der Argentinier

Solche kolonialistische Wirtschaftspraktiken rufen natürlich in Argentinien Proteste hervor. Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter und nationalistisch gesinnte Kreise in Argentinien fordern seit Jahrzehnten immer wieder die Argentinisierung der CIAE – doch bis vor kurzem ohne Erfolg. Weder wirtschaftliche Argumente noch die Aufdeckung von Skandalen konnten den Hinweis auf das Riesengeschäft, das die CIAE dank

ihrem Vertrag von 1961 mache, fruchteten, bis – ja, bis 1974 die damalige Präsidentin Perón die Argentinisierung der CIAE ankündigte.

Doch in der Schweiz hebt keine Kampagne gegen diesen Einriss in die Wirtschaftsfreiheit an die Aktienkurse der CIAE steigen, die Geschäftsleitung erklärt sich sogar bereit zu verkaufen – sie hat sich nämlich im kolonialistischen Vertrag von 1961 bereits so weit abgesichert, dass auch ein Verkauf ihr noch ein letztes grosses Geschäft garantieren würde.

Erst als die Regierung sich nicht gewillt zeigt, zu den Bedingungen des Vertrags mit der CIAE zu verhandeln, wird scharf geschossen. Die internationalen Finanzbeziehungen werden als Druckmittel eingesetzt. Mit dem Militärputsch General Videlas im März 1976 und der Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch den ehemaligen CIAE-Verwaltungsrat Martinez de Hoz jedoch sind die Chancen auf eine fette Entschädigung wieder gestiegen. Nur – die jetzige Militärdiktatur mit ihrem Wirtschaftsliberalismus scheint gar nicht so übernahmewillig. So drängt die CIAE die jetzige Regierung um so mehr zur Übernahme zu ihren Bedingungen. Natürlich zeigen sich auch jetzt internationale Finanz- und Wirtschaftskreise interessiert am Fortgang der Verhandlungen.

Nachdem der Aufbau und Ausbau des Elektrizitätsnetzes von Gross-Buenos-Aires jahrzehntelang von der Schweizer Wirtschaft, insbesondere Motor-Columbus, gesteuert wurde, die Schweizer Industrie und ihre Aktionäre jahrzehntelang durch Wirtschaftsliberalismus die Argentinier schröpten, kann es für eine Entwicklungspolitik, die eine eigenständige Industrialisierung Argentinien unterstützt, nur heissen:

- Nationalisierung der CIAE ja, aber ohne einen Rappen Entschädigung für die schweizerischen Aktionäre.
- Keine diplomatischen Interventionen der Schweizer Regierung zugunsten der Interessen der CIAE.
- Verbilligung der Stromtarife, um die Lebenskosten der arbeitenden Bevölkerung zu senken.

Wenig Forschungsaufwendungen für Sonnenenergie

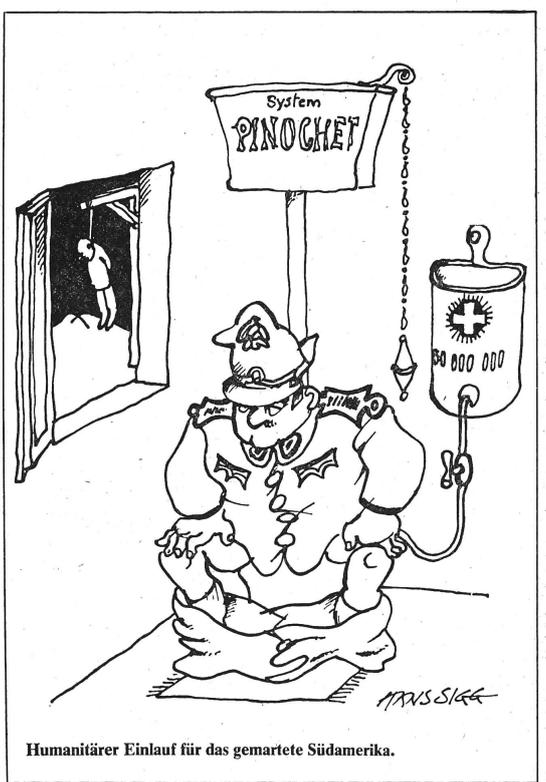
GEK-Energiepäpste huldigen Atomprogramm

Die Forschungsaufwendungen für die Sonnenenergie beliefen sich auf bloss 1,7 Millionen Franken im Jahre 1974, auf 3,7 Millionen 1975 und auf 4,3 Millionen letztes Jahr. Wie wenig Gewicht Bund und Privatwirtschaft der Sonnenenergie beimesen wollen, zeigen die prozentualen Anteile der Sonnenenergieforschung an der gesamten Energieforschung in der Schweiz: sie betragen knappe 5 Prozent im Jahre 1974, 7,4 Prozent 1975 und etwas über 8 Prozent vergangenes Jahr. Für Alternativen scheint man also in der Schweiz nicht viel übrig zu haben.

Die umweltfreundlichste und meistens wohl auch sinnvollste Energie ist bekanntlich die eingesparte. Nur lässt sich damit nicht jenes Geschäft machen wie mit der verbrauchten oder verwendeten. Schädig denn auch die Forschungsaufwendungen für das Energiesparen. Die Ausgaben stehen hier im umgekehrten Verhältnis zu den lauthals verkündeten Beteuerungen, dem Spargedanken solle Priorität zukommen. Die Aufwendungen für das Energiesparen erreichten 1974 961 000 Franken oder 2,6 Prozent der gesamten Energieforschungen, 1975 2,47 Millionen bzw. 4,9 Prozent und letztes Jahr 2 Millionen oder 3,9 Prozent der gesamten Forschung im Energiesektor.

Dies sind die Zahlen aus der Studie Nr. 18 zuhanden der Eidgenössischen Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK). Daraus geht hervor, welches das bevorzugte Ross im Stall der Energiewirtschaft ist: natürlich die Atomenergie. Die Kernspaltung verspricht in den letzten drei Jahren im Schnitt je etwa 15 Milliarden Franken, jedesmal ein Drittel des Energieforschungsbudgets.

Interessant ist die Herkunft der Gelder. Die Eidgenossenschaft und die Industrie steuern die allergrössten Brocken bei. Die Privatwirtschaft ist mit 22,6 Millionen Franken oder zu 45,3 Prozent beteiligt. Der Bund mit 23 Millionen Franken oder zu 46,3 Prozent. Im Vergleich zu anderen Forschungsbereichen ist der Bund in der Energieforschung ausserordentlich stark engagiert. Sein Engagement geht hier aber zum allergrössten Teil aus Konto der Kernspaltung. Sie absorbiert fast 17 der ganzen



Humanitärer Einlauf für das gemartete Südamerika.

22,6 Bundesmillionen. Der Bund bevorzugt die Kernspaltung also in starkem Masse. Die Atomlobby hat es verstanden, den Bund materiell vor ihren Karren zu spannen. Die Privatwirtschaft selber trägt nämlich bloss einen Pappentitel zur Kernspaltungsforschung bei: laut GEK-Studie ganze lächerliche 104 000 Franken. Der Bund finanziert die Kernspaltungsforschung praktisch allein!

«Ein Drittel des Budgets» Nach der offiziellen Gliederung der genannten GEK-Studie zieht die Kernspaltung also ein Drittel des Energieforschungsbudgets auf sich. In Tat und Wahrheit fallen allerdings die Verhältnisse noch viel günstiger für die Kernspaltung aus. Nebst dem Energiesparen, der Sonnenenergie, der Kernspaltung und der Kernfusion figuriert nämlich noch eine Rubrik «Supporting activities». Unter dieser Rubrik wurden Projekte der Energieübertragung und -verteilung und der Energiespeicherung zusammengefasst.

Viele dieser Projekte gehören aber eigentlich ganz oder doch zumindest teilweise zur Kernenergie. Vollständig zur Kernspaltung sind beispielsweise Forschungsprojekte aus dem Gebiet der Kühltürme oder der Hochtemperaturreaktoren mit Heliumturbine zu schlagen. Es entsteht der Eindruck, man habe bewusst versucht, den Ausgabenposten Kernspaltung möglichst klein zu halten.

Eine ganze Reihe weiterer Projekte kommt direkt oder indirekt der Atomwirtschaft zugute, auch wenn etwa die Wasserenergie ebenfalls davon profitieren kann. Erwähnt seien hier die Forschungen über den Bau von Pumpspeicherverwerken oder über die Fernwärmeversorgung, Pumpspeicherverwerke müssen gebaut werden, weil Atomkraftwerke Energie am laufenden Band produzieren und keine Rücksicht auf Bedarfsspitzen und -tiefs nehmen können. Die Fernwärmeversorgung soll den AKWs ein sicheres und grosses Absatzfeld schaffen.

Leider sind die Projekte im einzelnen nur namentlich erwähnt, die Forschungsaufwendungen werden nicht für jedes Projekt besonders aufgeführt. So ist eine nachträgliche Umteilung nicht möglich. Gemäss dem GEK-Bericht betragen die Forschungsausgaben des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung (EIR) im Energiejahr 16,8 Millionen Franken (1976). Die Rechnung des EIR schloss aber im letzten Jahr mit Ausga-

ben in der Höhe von 47 Millionen Franken ab. Fürs gleiche Jahr budgetierte das EIR 122 Mann pro Jahr für Forschung und vorausschauende Entwicklung auf dem Energiesektor. Im ganzen ständen dem EIR jedoch etwa 575 Personen zur Verfügung. Diese eklatanten Unterschiede ergeben sich aus einer ausserst engherzigen Auslegung des Begriffs Energieforschung. Allgemeine Forschungen auf dem Gebiet der Kernphysik und Kernchemie kommen zwar nicht nur der Kernenergie zugute. Die Kernenergie kann davon aber zweifellos auch profitieren. Wieviel man auf dem Kernenergie anlastet, ist gewiss Ermessenssache.

Zudem wurden offensichtlich im EIR Ausgaben, die in keinem direkten Zusammenhang zur Energieforschung stehen, dieser auch nicht verrechnet. Man spricht dabei von «Overheads» oder «Infrastruktur». Dazu gehören etwa Ausgaben der Verwaltung des Betriebsschutzes usw. Es liegt auf der Hand, dass auch solche Kosten teilweise zu verrechnen wären. Würde ein Privatunternehmen die EIR-Forschungen durchführen, so müsste es solche Aufwendungen auch machen.

Der Bund, der das EIR finanziert, leistet also noch viel höhere Beiträge an die Erforschung der Kernspaltung, als es der GEK-Bericht glaubhaft machen will. Silvio Bertolami aus: Basler «AZ»

Streik der Tunnelarbeiter am Gotthard

Beim Bau des Eisenbahntunnels durch den Gotthard gab es offiziell 177 tödliche Arbeitsunfälle. Hunderte von Arbeitern wurden zu Krüppeln. Der Unternehmer Louis Favre forcierte das Arbeitstempo und vernachlässigte die Arbeitssicherheit. Als die Arbeiter am 28. Juli 1875 streikten, liess er auf sie schiessen. Es gab 4 Tote und viele Verletzte.

Der Streik der Tunnelarbeiter steht im Mittelpunkt des Films «San Gotthard» von Willi Herman, der am Filmfestival von Locarno mit dem Preis der Jury ausgezeichnet worden ist. Bei den historischen Recherchen zu diesem Film half der Berner Historiker Tobias Kastli mit, der jetzt im Z-Verlag einen kleinen Quellenband herausgegeben hat. Er dokumentiert den Streik in seinem Ablauf und in seinen Ursachen, zeigt die Reaktionen auf die gewaltsame Niederschlagung des Streiks und gibt wichtige Einsichten in die damalige Lage der Fremdarbeiter in der Schweiz. (Der Film läuft zurzeit in Zürich, Luzern, Basel, Bern. Er wird auch in Atdorf, Andermatt, Chur und St. Gallen gezeigt.)

* Tobias Kastli, Der Streik der Tunnelarbeiter am Gotthard 1875. Quellen und Kommentar. Z-Verlag Basel.

Das Elektroimperium der Motor-Columbus in Argentinien

Die Motor-Columbus ist an der SAEG (Schweizerisch-amerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft) mit Sitz in Zug beteiligt. Die SAEG dient der Kontrolle und Finanzierung der CIAE. An dieser sind die SAEG, die Motor-Columbus, die Cadelplata und weitere Publikumsaktionäre beteiligt. Die Cadelplata mit Sitz in Buenos Aires ist eine Nebengesellschaft der oben genannten Unternehmen. Sie handelt mit Immobilien und Aktien. Bevorzugte Liegenschaftsprojekte sind Hochhäuser, welche von der CIAE mit Strom versorgt werden. Die zweite, ebenfalls argentinische Nebengesellschaft ist die Combustibles, hauptsächlich im Besitz der Cadelplata. Die Combustibles liefert den Brennstoff für die thermischen Kraftwerke der CIAE. Diese Firmenverschachtelungen lassen natürlich einen breiten Spielraum für interne Gewinn- und Kapitalverschiebungen. Kontrolliert werden die Geschäfte über mehrere Verwaltungsverflechtungen. So sitzt ein MC-Vizepräsident gleichzeitig in den Verwaltungsräten der SAEG, CIAE und Cadelplata.

Auch auf der politischen Ebene spielt der Elektrokolonialismus die Geschäftstätigkeit dieses Elektroimperiums wird abgesichert durch Verflechtungen mit der argentinischen Oberschicht. So wird z. B. der derzeitige argentinische Wirtschaftsminister Martinez de Hoz ein früherer Verwaltungsrat der CIAE. Recht wirksam kann sich auch die Schweizer Ausenwirtschaftslobby in Szene setzen. «Private» Wirtschaftsdelegationen reisen nach Argentinien, die Handelsabteilung des Bundes schaltet sich ein, Kredite des Finanzplatzes Schweiz an Argentinien werden von der Behandlung der dortigen schweizerischen Privatinvestitionen abhängig gemacht.

Die «CIAE-Zeitung»

Die CIAE – ein Glanzstück des Schweizer Elektrokolonialismus in Argentinien. Mit welchen Tricks, Argären und Verträgen sich Motor-Columbus die Elektrizitätsversorgung von Buenos Aires sichert.

Talon (einsenden an: Arbeitsgruppe dritte Welt, Postfach 1007, 3001 Bern)

Ich bestelle: _____
Ex. der «CIAE-Zeitung» _____
Name: _____
Adresse: _____

Arbeitslose sind ja nur zu faul, eine Stelle zu suchen!

Von Lise Thomsen

Wenn die Zeitung kommt, suche ich die Stelleninserate, schneide sie aus und fange an zu telefonieren.

Besetzt. Ich probiere noch drei bis vier Mal - immer noch besetzt. Das fünfte Mal gelingt es. «Ist es wegen des Inserats?» - «Ja.» - Die Stelle ist leider schon besetzt. So verlaufen 80 Prozent meiner Anrufe. Die Stelle, die am Morgen in der Zeitung ausgeschriebe worden, ist am selben Vormittag schon besetzt. Viele dieser Stellen werden jedoch nach einem oder zwei Monaten erneut ausgeschrieben.

Die Telefonistin nimmt ab, sagt: «Einen Moment bitte», und lässt mich warten, zwei, drei, vier Minuten. Hat sie mich vergessen? Auf jeden Fall wird es mir zu teuer, länger zu warten. Ich lege auf.

Endlich. Die ausgeschriebene Stelle ist noch frei. «Können Sie mir noch sagen, um welche Arbeiten es sich da handelt?» erkundige ich mich. Im Inserat stand darüber nichts. «Sicher nicht schwatzen und Tee trinken», sagt die Dame empört am anderen Ende der Leitung. «Da wären Sie am falschen Ort!» Ich gebe ihr recht. Tatsächlich wäre ich dort am falschen Ort.

Wie vereinbart, gehe ich zum kleinen Kleidergeschäft. «Ich würde Sie sofort nehmen, nur gibt es da ein kleines Problem. Es würde uns nahegelegt, keine Ausländerinnen einzustellen. (In einer Branche, in der 90 Prozent der Arbeiterinnen Ausländerinnen sind.) Ach so, Sie sind mit einem Schweizer verheiratet und damit selber Schweizerin geworden. Entschuldigen Sie vielmals.» Ich würde sofort die Stelle kriegen, obwohl ich nur zwei Jahre in der Schweiz bin. Für eine Ausländerin, die 10 Jahre hier gearbeitet hat, besteht eine viel geringere Chance. Wenn sie zufälligweise keinen Schweizer geheiratet hat.

Ich nehme den Zug in die 40 km entfernte gelegene Stadt. Die Stelle wäre abwechslungsreich und interessant. Am Telefon hat man mir gesagt, dass mein Wunsch nach einem Halbtagsersatz keine Probleme gäbe. Ich bin gespannt. Man empfängt mich freundlich, zeigt mir meinen Arbeitsplatz, erklärt mir ausführlich die Arbeit. Der Personalchef spricht von einer sehr verantwortungsvollen Arbeit, die einen vollen Einsatz fordert. Neun Stunden am Tag. Ich bin erstaunt, mache ich darauf aufmerksam, dass ich ausdrücklich erwähnt hatte, dass ein Halbtagsstelle interessiert zu sein. Ja, das hat er nicht vergessen. Er dachte, im persönlichen Gespräch könnte er mich dazu bewegen, ganztags zu kommen.

Halbtags sei der Posten leider nicht zu besetzen. «Ja dann, vielen Dank für Ihren Besuch. Schade!» Die Wut kommt mir erst auf der Strasse, eine lange Reise, das teure Billett und dann diese Enttäuschung.

Ich nehme einmal mehr den Zug, diesmal nur für eine kurze Strecke. Vom Bahnhof ist es eine halbe Stunde bis zur Fabrik. Die Fabrik liegt mitten in der Landschaft, weiss und ruhig. Weit und breit keine Häuser. Eine Welt für sich. Ebenso im Innern des Gebäudes. Der Chef scheint ein gemütlicher, älterer Herr zu sein, weisse Haare, dicker Bauch. Er lacht immer wieder laut auf, führt mich in der Fabrik herum, legt väterlich seine Hand auf meine Schultern. Die Frauen an den Maschinen schauen mich miss-



«Ich habe in letzter Zeit immer das unheimliche Gefühl als liege ein Arbeitsloser unter meinem Bett.»

trauisch an, erwidern meinen Gruss nicht. «Nehmen Sie davon keine Notiz», sagt der Besitzer und führt mich in die Spinnerei. Er öffnet mir die Türen, legt den Arm um meine Schultern. Wir begehen unterwegs einigen Männern. Misstrauische Blicke auch da, mein Körper wird fixiert. Der Chef erklärt mir die Arbeit: «Sie müssen nicht viel machen, ab und zu die Maschinen kontrollieren (für das sind ja die Männer da), die Fäden zählen, einfach da sein. - Nähen? - Nein, das müssen Sie nicht, dafür sind die anderen Frauen da. - Der Arbeitsweg? - Es ist kompliziert mit dem Zug, über Mittag können Sie sowieso nicht nach Hause, es bleiben alle hier. - Wissen Sie was? Wir kaufen Ihnen ein Auto.» Die Hand liegt noch immer auf meiner Schulter. «- Sie können nicht fah-

ren? Ja, dann tut es auch ein Velosolex, das ist kein Problem. Hauptsache Sie kommen, wir werden uns schon einig.» - Der Lohn ist gut, aber für was? Ich müsste einfach da sein, man bezahlt mich scheinbar für meine Anwesenheit. Einen so guten Lohn? Ich habe ein ungutes Gefühl, wage nicht, nein zu sagen, sondern erbitte mir Bedenken. Der Chef bietet sich an mich zurückzuführen, weil ich sonst zu lange auf den Zug warten müsste. Ohne auf meine Antwort zu warten, bittet er mich in sein Auto. Wir fahren los. Ich habe Angst. Aber er schwatzt nur viel und lacht. Endlich sind wir am Bestimmungsort, erleichtert steige ich aus, verspreche anzurufen. Er hat nie mehr von mir gehört.

Ich melde mich am Empfang. «Nehmen Sie bitte für einen Moment Platz.» Zehn Minuten nachher erscheint der Personalchef, begrüsst mich kurz und führt mich dann durch eine endlos lange Fabrikhalle. Dunkel und lärmig ist sie. Ich sehe gebeugte Rücken, angestrengte Gesichter und surrende Maschinen. Am andern Ende fährt er mich aus der Halle hinaus in ein kleines, helles Büro. Wir nehmen Platz, er nimmt einen Fragebogen hervor. Bis dahin kein Wort. Dann kommen seine Fragen wie bei einem Quiz: Name, Adresse, Geburtsdatum, Konfession, Zivilstand, Arbeitgeber, Ehenam, «Sind Sie schwanger? Ihre bisherigen Arbeitgeber? Lückenlos! Wo? Von wann bis wann? Sie sind jeweils nicht sehr lange geblieben! Weshalb? Ich erkläre es ihm. Wohnortwechsel, berufliche Verbesserungen. «Wir schätzen Mitarbeiter, die lange bleiben. Sie suchen eine Dauerstelle?» Er hat mich jetzt schon eine Viertelstunde ausgefragt, kein Wort verloren über Arbeit, Firma und Lohn. Er weiss alles von mir, ich von der Stelle noch gar nichts. Die dunkle Halle geht mir nicht mehr aus dem Kopf und jetzt noch diese Fragelei. Ich habe genug. «Sagen Sie mir bitte, wo hier der Ausgang ist.»

In der kleinen, eleganten Boutique empfängt mich eine gepflegte Frau mit grossem Lächeln. Wir sprechen über die Arbeit und Arbeitszeit. Doch, das wäre nicht schlecht. Man könnte sich einigen. Dann kommt der Chef, jung und freundlich. Er ist der Geschäftsmann. Ich frage ihn nach dem Lohn. Sieben Franken die Stunde. Ich kenne zwar die Löhne der Textil- und Modebranche, bin aber trotzdem überrascht und sage spontan: «Sieben Franken - aber wie soll ich denn damit leben können? Das ist wirklich etwas wenig!». Ihr Lächeln verschwindet. Die Frau sagt: «Sie müssen ja nicht da-

von leben. Sie sind ja verheiratet.» - «Ja», ergänzt der Chef. «Eine Frau muss doch nicht soviel verdienen. Ihr Lohn ist ja nur ein Zustuf.» Ich antworte: «Die Arbeit ist doch gleich viel wert, ob sie von einer verheirateten oder einer ledigen Frau gemacht wird. Trotz Heirat möchte ich ein selbständiger Mensch sein, die Verantwortung für mich selber tragen können.» Die Frau verzieht ihre Lippen zu einem spöttischen Lächeln und meint: «Das finde ich aber komisch! Mehr Lohn könnten sie auf keinen Fall bezahlen, das wäre ja für sie nur noch Verlust. Ihren Kunden könnte doch nicht zugemutet werden, für Änderungen sooch mehr zu bezahlen. Abgesehen davon würden sie schnell jemanden finden. Ich sage nichts. Seit Monaten suchen sie in Sielenaushang eine Änderungsschneiderin.

Ich steige die Treppe hoch im grossen Modehaus. Alles ist hell. Frisch gestrichen. Der Personalchef kommt, grüsst reserviert, fängt an Fragen zu stellen: Name, Adresse, bisherige Arbeitgeber. Das altbekannte Lied. «Wo arbeitet Ihr Mann?» Ich nenne die Stadt. «Wo, in

welcher Firma?» - «Ich sehe nicht ganz ein, was das mit dieser Stelle zu tun hat.» - «Wir müssen wissen, ob er bei der Konkurrenz arbeitet.» - «Sie können beruhigt sein, mein Mann arbeitet nicht in der Modebranche.» - «Warum wollen sie mir nicht sagen, wo ihr Mann arbeitet? Das gefällt mir nicht.» - «Ich sehe nicht ein, was mein Mann damit zu tun hat. Ich suche hier eine Stelle, nicht er.» - «Ich sehe schon, es känen Sinn mit Ihnen. Solche Leute können wir nicht gebrauchen. Wir müssen Vertrauen haben können. Das geht nicht, wirklich nicht.» Er steht auf, geht zur Türe und hält sie mir auf. «Das finde ich aber eine komische Art.» Er verliert die Nerven und schreit: «Jetzt machen Sie aber, dass Sie rauskommen, aber schnell!»

Diese Geschichte entnehmen wir dem Heft zum Thema «Arbeitslosigkeit» der Werkstatt Schreibender Arbeiter Zürich, Postfach 12, 815 Oberhalli, PC 90-22448.

Die Hefte über Werkstatt sind für zwei Franken auch in den fortschrittlichen Buchhandlungen erhältlich.

Marsch in 40-Stunden-Woche

Die schweizerischen Gewerkschaften haben in der Arbeitszeitfrage seit dem Zweiten Weltkrieg eine massvolle Politik betrieben. Mit ihrer 40-Stunden-Woche verlangen sie auch jetzt nichts Unvernünftiges oder Unzumutbares. Es handelt sich um eine Politik der kleinen Schritte nach eidgenössischer Manier: wirtschaftlich tragbar und politisch durchsetzbar.

Die Ablehnung der 40-Stunden-Woche-Initiative der Progressiven Organisationen (POCH) veranlasste den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, eine eigene 40-Stunden-Woche-Initiative zu lancieren, die einen stufenweisen Abbau der Arbeitszeit bringen soll. Einige Gesamtarbeitsverträge sehen bereits jetzt stufenweise Verkürzungen der Arbeitszeit vor, mit dem - über längere oder kürzere Zeit, je nach Umständen, zu verwirklichenden - Ziel der 40-Stunden-Woche. Allerdings kann man nicht davon sprechen, die Bewegung hin zur 40-Stunden-Woche habe bereits eine umfassende Entwicklung auf breiter Basis eingeschlagen. Wichtige Sektoren der Privatwirtschaft klammern sich noch immer an die 44 oder mehr wöchentliche Arbeitsstunden. Und auch bei den öffentlichen Diensten scheint man nicht in allernächster Zeit den vierzig Stunden zuzueilen.

Das Thema bleibt auf der gewerkschaftlichen Tagesordnung, und damit auch die Initiative zur stufenweisen Verkürzung der Arbeitszeit, welche der Schweizerische Gewerkschaftsbund im letzten Frühjahr lanciert hat. Wegen der Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei

der Initiative hat der Gewerkschaftsbund eine Kampagne gestartet, um die Initiative noch bis Ende Dezember 1977 einreichen zu können (siehe Unterschriftenbogen auf dieser Seite von «das Konzept»).

Die oben angepflanzten vertraglichen Erfolge belegen einen der Gründe, warum die Initiative des Gewerkschaftsbundes ihre Berechtigung hatte und hat, nämlich als Druckmittel auf die Gesamtarbeitsverträge. Weiter vom Gewerkschaftsbund angeführte Gründe sind etwa das stufenweise Vorgehen, um Lohnverluste zu vermeiden. Womit dann wenigstens ein Teil der gestiegenen und steigenden Produktivität den Arbeitnehmern zugute kommt. Oder das mit der Initiative angestrebte Ziel, dem Arbeitnehmer mehr Freizeit und mehr Erholung und damit ein Gegengewicht zum gestiegenen Arbeitsrhythmus und zu den steigenden Anforderungen zu verschaffen. Schliesslich sei auch daran erinnert, dass mit der Initiative ein Rückstand beseitigt werden soll, den unser Land gegenüber den Nachbarn noch immer hat.

Aufruf

stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit

Die INITIATIVE des Schweiz. Gewerkschaftsbundes für die

muss noch im Dezember 1977 der Bundeskanzlei übergeben werden.

Wir richten den Appell an alle Arbeitnehmer und fortschrittlich Gesinnten, die bis jetzt nicht unterschrieben haben, diese letzte Gelegenheit für die Unterzeichnung der Initiative zu benutzen!

Initiative für die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen auf dem Wege der Volksinitiative, dass Artikel 34^{ter} der Bundesverfassung wie folgt ergänzt wird:

1^{bis} Der Bund sorgt auf dem Wege der Gesetzgebung dafür, dass die Arbeitnehmer durch stufenweise Herabsetzung der Arbeitszeit am Fortschritt teilhaben.

Uebergangsbestimmungen:

- Die wöchentliche Höchstarbeitszeit wird für Arbeitnehmer, auf die das Arbeitsgesetz oder die Chauffeurverordnung anwendbar ist, ein Jahr nach Annahme von Artikel 34^{ter}, Absatz 1^{bis}, um mindestens zwei Stunden herabgesetzt. Sie wird in der Folge jedes Jahr um mindestens eine Stunde verkürzt, bis sie 40 Stunden erreicht.
- Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit wird für Arbeitnehmer, auf die das Arbeitszeitgesetz oder das Bundesgesetz über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten anwendbar ist, spätestens ein Jahr nach Annahme von Artikel 34^{ter}, Absatz 1^{bis}, um mindestens eine Stunde verkürzt. Sie wird in der Folge jedes Jahr um mindestens eine Stunde verkürzt, bis sie 40 Stunden erreicht.
- Die Gesetzgebung bestimmt die Art und Weise, wie die Arbeitszeit jener Arbeitnehmer stufenweise herabgesetzt wird, auf welche Sonderbestimmungen (Artikel 27 des Arbeitsgesetzes) anwendbar sind.

Der deutsche Text ist massgebend.

Achtung: Unterschriftsberechtigt sind die stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. Auf diesem Bogen dürfen nur Stimmberechtigte, die in der genannten Gemeinde Wohnsitz haben, unterschreiben.

Es gilt Art. 2 des Initiativesetzes vom 23. März 1962: «Der Bürger, der das Begehren stellen will, hat es eigenhändig zu unterzeichnen.

² Wer eine andere Unterschrift als die seine beisetzt, macht sich strafbar (Art. 282 des Strafgesetzbuches).»

Unterschriftenbogen sind bis 12. Dez. 77 zu senden an das Sekretariat des Gewerkschaftskartells Zürich, Postfach, 8026 Zürich, das für die Beglaubigung besorgt sein wird.

Kanton Canton

Politische Gemeinde Commune politique

| N | Name und Vorname Nom et prénom | Geburtsdatum Date de naissance | Beruf Profession | Wohnadresse (Strasse, Nr.) Domicile (rue et numéro) | Bemerkungen des Kontrollbeamten Observations de l'office de contrôle |
|----|-----------------------------------|-----------------------------------|---------------------|--|---|
| 1 | | | | | |
| 2 | | | | | |
| 3 | | | | | |
| 4 | | | | | |
| 5 | | | | | |
| 6 | | | | | |
| 7 | | | | | |
| 8 | | | | | |
| 9 | | | | | |
| 10 | | | | | |

Dass obige (Zahl) Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in hiesiger Gemeinde ausüben, bescheinigt

Le soussigné certifie que les (en chiffre) signataires sont aptes à voter en matière fédérale et exercent leurs droits politiques dans la commune.

den / le 1977

Die zur Beglaubigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft).
Le fonctionnaire chargé de l'attestation (signature manuscrite et fonction officielle).

Die folgenden Mitunterzeichner sind mit Zweidrittelmehrheit berechtigt, das Initiativbegehren zurückzuziehen.
Les signataires désignés ci-après sont - par une majorité de deux tiers - autorisés à retirer l'initiative.

- Max Gertschen, Sekretär VSPB, Grauholzstrasse 60, 3063 Ittigen
- Erich Widmer, Sekretär VSTTB, Schulmattstrasse 15, 3063 Ittigen
- Eduard Anderhub, Präsident GTCF, Badenstrasse 54, 8653 Dietikon
- Oscar Hiestand, secrétaire FST, Servette 52, 1202 Genève
- Erwin Schelker, Sektionsvorsitzender VSPZ, Einschlachtstrasse 7, 3065 Bolligen
- Paul Früh, Präsident SSM, Friesenbergstrasse 9, 8025 Zürich
- Edgardo Chiesa, Camera del lavoro, Via Privata RSI 26, 6900 Lugano
- Maria Zaugg-Ali, Frauenkommission SGB, Haldenstrasse 168, 8055 Zürich
- Joseph Fischer, Jugendkommission SGB, Unterdorfstrasse 2, 3072 Ostermündigen
- Gottfried Eichenberger, Präsident VBLA, Niederämterstrasse 74, 4657 Dulliken

INSERT

Tourismus in Entwicklungsländern: Von der Theorie zur Praxis

Wider das Tunesien-Image: Das Festival von Tabarka



Dieser Beitrag, in dem Ruedi Jaisli vom Schweizerischen Studentenreisendienst SSR ein konkretes alternatives Reiseprojekt nach Tabarka/Tunesien vorstellt, ist der dritte Teil in der Diskussion um Reisen in Entwicklungsländer. In der Oktobernummer des «konzept» fasste Christoph Stückelberger die Kritik am Tourismus in der dritten Welt zusammen: die ökonomische und kulturelle Schwächung jener Länder durch die touristische Überflutung aus den Industriestaaten. Seine Vorschläge zu «anderem Reisen» in die dritte Welt nahm dann im November der SSR auf: mit Erfahrungsberichten von Reiseleitern und Überlegungen der Geschäftsleitung. –

Das Festival von Tabarka, das im folgenden Artikel ausführlich beschrieben wird, zeigt, dass mit der Sehnsucht nach der Fremde nicht nur rücksichtslos Massen-tourismusgeschäfte getrieben werden können; das Interesse am «andern» kann – wenigstens auf kulturellem Gebiet – mit relativ bescheidenen Mitteln zum echten Austausch von Erfahrungen gestaltet werden. Dass der SSR in der deutschen Schweiz mit der Unterstützung solcher Projekte den Anfang macht, ist erfreulich. Ja vom sich alternativ verstehenden Studentenreisendienst wird eine solche Initiative und die Übernahme des dazu gehörenden finanziellen Risikos geradezu erwartet.

Kritische Analysen der Gegenwart hinterlassen oft einen pessimistischen Nachgeschmack. Mit dem bisherigen Verlauf der «Konzept»-Diskussion (vgl. Nr. 10 und 11/1977) über Tourismus in Entwicklungsländern verhält es sich nicht anders; auch Christoph Stückelberger bevorzugt den Konjunktiv, wenn er seine Verbesserungsvorschläge formuliert: Man müsste den Tourismus in Entwicklungsländern so konzipieren, dass die reisenden Massen aus den Industriestaaten einen Lernprozess durchmachen, der den bereisten Ländern und Völkern der dritten Welt irgendwie zugute kommt. Man kann das nicht, weil diejenigen Reiseunternehmen, welche diesen Massentourismus in der heutigen Form durchführen, in erster Linie am Geschäft interessiert sind. Alternativer Tourismus aber kann nicht profitabel sein, weil er die Reisen durch kaum zu vermarktende Leistungen verteuert und weil er die Art und Weise, wie heute mit dem Tourismus in der dritten Welt Geschäfte gemacht werden, in Frage stellen muss.

Der Westen blieb vom Fremdenverkehr fast vollständig unberührt: Das grüne, waldrreiche Landschaftsbild entspricht offensichtlich nicht dem in Europa verbreiteten Tunesien-Image mit Wüstensand, Dattelpalmen und Kamele. Die jungen Leute begannen deshalb aus der Region Tabarka abzuwandern – nach Tunis und ins europäische Ausland, vor allem nach Frankreich. Von der Regierung in Tunis war wenig zu erwarten – die Augen der Staatsadministration waren und sind nach Süden gerichtet, wohin auch die ausländischen Investitionen fließen und die Strände mit Hotelkästen verbauen.

Tourismus – selbst geplant

In dieser Situation entschlossen sich einige Bürger von Tabarka, das Schicksal ihrer Heimatregion selber in die Hand zu nehmen. Hanafi Benshrif, einer der Initiatoren, hatte verschiedene hohe Posten in der tunesischen Regie-

stellte die Regierung zur Verfügung. Was einheimische Handwerker mit einheimischen Baumaterialien für immerhin etwa 1200 Gäste errichtete, ist zwar einfach, aber zweckmässig: kleine, gemauerte Bungalows im Baustil der Gegend, strohbedeckt und mit simpler Inneneinrichtung.

Kein Ghettotourismus

Das Leben während des Festivals spielt sich ohnehin woanders ab. Im Gegensatz zu herkömmlichen Ferienzentren und Klubs dient das «Village» in Tabarka nämlich nur zum Schlafen. Die in Tabarka ansässigen Wirte und Geschäftslleute reiben sich natürlich ob dieser Formel die Hände. Immerhin etwa 1200 Gäste sind während zweier Sommermonate in Restaurants und Geschäften in Tabarka zu verköstigen – die Organisatoren des Festivals halten ihre Hände mit Absicht heraus und schliessen mit voller Absicht keine Vergütung im Arrangementpreis des Festivals ein.

Kein Ghettotourismus also – im Gegenteil: Dorfbewohner und Gäste sind aufeinander angewiesen: Die einen wollen essen und einkaufen, die andern verdienen. Das erklärt, warum das «Festival» – im Gegensatz zu Ferienzentren andernorts – bei den Einheimischen den denkbar besten Ruf geniesst und «Festivalers» längst nicht mehr als seltsame Fremde angestarrt werden. Diese gegenseitigen Beziehungen werden natürlich durch die gemeinsame Sprache wesentlich erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht: Auch heute noch spricht jeder Tunesier neben Arabisch fließend bis perfekt Französisch.

Hier kann nun von einem Unternehmen berichtet werden, das verschiedene der im «Konzept» gemachten Vorschläge bereits verwirklicht hat.

Tunesien-Image: Wüstensand und Dattelpalmen

Das «Festival von Tabarka» in Tunesien hat im vergangenen Sommer seine fünfte Saison erlebt. Das kleine Dorf mit dem wohlklingenden Namen Tabarka war bis 1973 ein in jeder Beziehung verlassenes Nest, 170 km westlich von Tunis, nahe der algerischen Grenze; liegt Tabarka weit ab von den Zentren im Süden, die vom touristischen Boom längst erfasst und erschlossen sind: Hammamet, Kerkennah, Djerba.

Mit dem SSR nach Tabarka
2 Wochen, inkl. Linienflug, Transfer, Unterkunft und sämtlicher Veranstaltungen:
ab Zürich: 720 Fr.
ab Genf: 660 Fr.
Abfähre jeden Samstag vom 1. Juli bis 19. August 1978
Auskunft und Buchung beim SSR, Postfach, 8023 Zürich, Tel. 242 30 00, und an allen Verkaufsstellen.

rung beleidigt, bevor er wegen seiner progressistischen Ansichten in die «Société Nationale du Liège» (Nationale Korkgesellschaft) abgeschoben worden war. Zu seinen ersten Massnahmen als Präsident gehörte es, die Administration



Die Festival-Teilnehmer können direkt bei den Einheimischen Töpfern oder Flechten lernen.

«Die Ärmsten sind auch die Fröhlichsten»

Die Kritik am Tourismus in die dritte Welt häuft sich. Das ändert aber nichts daran, dass diese Kritik nötig ist; denn der Tourismus verstärkt die ökonomische und kulturelle Unterentwicklung der Entwicklungsländer.

Analyse von Christoph Stückelberger «konzept» 10/77

Reisen in Entwicklungsländer darf nicht nur Vergnügen sein

Mit Erfahrungsberichten von Reiseleitern und Überlegungen der Geschäftsleitung stellt der SSR seine Haltung in dieser Frage dar. Dabei kommen verschiedene Gesichtspunkte zum Ausdruck: von der Verantwortlichkeit des einzelnen Touristen über die Verantwortlichkeit der Reiseagentur bis zur Verantwortlichkeit der einzelnen Regierungen.

Die alternative Reiseagentur SSR nimmt Stellung «konzept» 11/77

Beide Nummern zusammen sind für 2.50 Fr. in Briefmarken erhältlich bei: Redaktion «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. (Einzelnummer 1.50 Fr.)

der Gesellschaft von Tunis nach Tabarka, dem Zentrum der Korkproduktion in Tunesien, zu verlegen. Doch das allein genügt noch nicht, um die Abwanderung zu stoppen, und an eine industrielle Entwicklung war angesichts der fehlenden Investoren nicht zu denken. Dagegen hat Tabarka ideale Voraussetzungen als Ferien- und Badeort – ein kilometerlanger, sehr sauberer und unverbauter Sandstrand, gesäumt von immergrünen Pinien- und Mimosenwäldern, sowie ein bergiges, abwechslungsreiches Hinterland. Es fehlte nur am Geld, um diese Schönheiten nutzbar zu machen. Von Tunis war allenfalls symbolische Hilfe zu erwarten, Investoren aus dem Ausland waren weder wahrscheinlich noch erwünscht. Ein Ausbau der touristischen Infrastruktur war also nur aus eigenen Ressourcen möglich.

Auf diesen Voraussetzungen beruht denn auch die Idee des «Festivals von Tabarka»: Unter optimaler Ausnutzung der bestehenden Infrastruktur und mit möglichst geringen Neuinvestitionen etwas schaffen, das trotzdem Touristen – und damit Geld und Arbeit – nach Tabarka locken konnte.

Ein erster Schritt war der Bau von Unterkünten – Hotels konnten mit den knappen Mitteln keine gebaut werden. Das günstige Klima kam den Organisatoren zu Hilfe: In Tabarka fällt im Sommer nur ausnahmsweise Regen. Land

Kein Kultur-Neokolonialismus

Doch all das hätte nicht genügt und macht noch kein «Festival» aus: Die Gäste mussten einen triftigeren Grund bekommen, um ausgerechnet in Tabarka ihre Ferien zu verbringen. Loffi Benhabib, eine in Paris wohnhafte Tunesier, wusste Rat: Was er und seine Freunde in Tabarka aufgebaut haben, dürfte einmalig sein. Seit 1973 ist dieses unscheinbare Fischerdorf zu einer echten Begegnungsstätte verschiedener Kulturen geworden.

Da wären einmal die Jazzgiganten zu nennen, die in Tabarka – übrigens in einem von Einheimischen erbauten Amphitheater mit etwa 2000 Personen Fassungsvermögen, unter freiem Himmel also – im Rahmen des Festivals schon aufgetreten sind: Miles Davis, Oscar Peterson, Charlie Mingus, Dizzy Gillespie, Miriam Makeba sind nur einige der vielen Namen. Auch Joan Baez und Juliette Gréco haben in Tabarka gesungen; Manitas de Plata, Ravi Shankar, Atahualpa Yupanqui haben Konzerte gegeben. Neben diesen Stars gibt es aber auch Gruppen und Solisten der verschiedensten Richtungen vorwiegend aus Ländern der dritten Welt, die während einer oder mehrerer Wochen in Tabarka gastieren und mit den Festivaliers zusammen leben. Es findet also kein Kultur-Neokolonialismus statt – der Maghreber selber ist bei Musik, Theater und Artistik gut vertreten.

Alle Konzerte sind natürlich auch den Einheimischen zugänglich – der rege Besuch zeigt, dass diese es schätzen, für zwei Monate im Jahr in einer kulturellen Metropole zu leben.

In einer ehemaligen Lokomotiv-Reparaturwerkstätte werden allabendlich Filme gezeigt. 1977 gab es eine Woche des arabischen Films, dann eine Retrospektive des afrikanischen Films, dann einen Zyklus Gérard Philippe, eine Woche mit phantastischer Science-fiction usw.

Seit 1976 – das Festival wird jedes Jahr um neue Ideen bereichert – gibt es in Tabarka die Sommeruniversität: Sie steht im Zeichen der arabischen Kultur und Politik sowie der arabisch-europäischen Beziehungen. Man sitzt auf Matten und Kissens in einem angenehmen kühlen Innenhof und diskutiert unter offenem Himmel mit Louis Aragon, Jean Ziegler, Jean Lacouture, mit Vertretern der PLO, mit Angehörigen der tunesischen Intelligenz.

Verschiedene Workshops stehen allen denen offen, die tagsüber nicht nur am Strand liegen wollen. Man kann sich ausbilden in tunesischer Kochkunst, eine Gruppe gibt sich in der regionalen Töpferei, eine andere unter Anleitung eines Schwarzafrikaners in Percussion. Vormittags trifft sich eine Yogagruppe in der andächtigen Stille der Basilika – und selbst die arabische Sprache wird unterrichtet.



In Tabarka besteht noch keine Tourismus-Infrastruktur; die Nahrungsmittel werden von den einheimischen Produzenten bezogen.

Täglich erscheint eine von Festivalteilnehmern verfasste und gedruckte Zeitung, «Le mimosa libérée», die nicht nur über das Tagesprogramm informiert, sondern zum Beispiel auch Tips gibt, wie mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Tabarka aus andere Teile Tunesiens – auch die Dattelpalmen und Kamele – besucht werden können.

Mehr als braun werden

«Je ne veux pas bronzer idiot» – dieser Slogan des Festivals hat vor allem in Frankreich schon einige Berühmtheit erlangt. Man kann natürlich in Tabarka durchaus auch braun werden und wird es unweigerlich: Der Nachmittags geht auch in Tabarka dem Wasser und der Sonne. Pferde, Segelboote und neuerdings Windsurfer stehen zur Verfügung. Es sind überwiegend junge Leute, zwischen 18 und 35, übrigens auch

aus Marokko, Algerien und Tunesien selber, vor allem aber aus den frankophonen Ländern Europas, die sich in Tabarka einfänden.

In der Schweiz hat das Festival bisher nur in der Romandie ein Echo gefunden. Ein kleines Reiseunternehmen hat in Lausanne die Promotion für Tabarka übernommen. In der Deutschschweiz dagegen hat sich (noch) kein Reiseveranstalter gefunden, der Tabarka in sein Programm aufgenommen hätte. Man geht offenbar davon aus, der Schweizer wolle lieber in Hammamet oder Djerba «bronzen idiot».

Das wird sich 1978 ändern: Der Schweizerische Studentenreisendienst SSR hat jetzt die Idee von Tabarka aufgegriffen. Man ist beim SSR überzeugt davon, dass sich mit dem «Festival von Tabarka» die Behauptung widerlegen lasse, alternative Reisezeiten fänden in der Schweiz kein Publikum.

Gründung eines Arbeitskreises Tourismus und Entwicklung

Hat ein alternativer Tourismus, der Verständnis für die Probleme der Einheimischen im besuchten Land weckt und der nicht nur einer kleinen Schicht Geldmüdigkeit zufließen lässt, überhaupt eine Chance? Verschiedene Gruppen haben schon Alternativen aufzuzeihen versucht. Immer sind solche Reisen aber teuer und weniger «stiftig» als die herkömmlichen. Und der eher bescheidene Erfolg ermutigt wenig. Kein Wunder, dass die, die noch nicht resigniert haben, ihrer Idee eine neue Basis geben wollen. In Olten hat sich vor einigen Tagen der Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung aus der Taufe gehoben. Er will keine eigenen Trips anbieten, sondern (was viel schwerer ist) die Angebote konventioneller Reiseveranstalter beeinflussen. Daneben will er auch aufklären und die touristischen Projekte einzelner Entwicklungshilfeorganisationen unter einen Hut bringen.

Dem Arbeitskreis gehören als wichtigste finanzielle Träger Swissaid, das Fastenopfer Brot für Brüder, Helvetas, der Dienst für technische Zusammenarbeit (Bund), die Erklärung von Bern, Sunshine Travel, Terre des hommes, die Kommission für Entwicklungsträger der Universität Zürich, der Studentenreisendienst (SSR), Auditor, der Christliche Friedensdienst, die katholische Kommission Kirche im Tourismus, der Schweizerische Protestantische Volksbund und der Arbeitskreis für Zeitfragen an. Diese Organisationen haben ein Startkapital von 48 350 Franken zusammengetragen. Sie versuchen damit, vorerst bis Ende 1978, in einer kleinen Arbeitsgruppe (koordiniert von Regula Renschler) die in einer Vereinbarung gesteckten Ziele zu erreichen.

Aus: TA 1. 12. 77

Staat Unser

Staat unser, der Du bist im Himmel,
Dein Gesetz sei geheiligt,
Ewiglich und unveränderlich!
Verzei uns unsre Schulden
Wir auch wir wollen unbarmherzig sein
Gegen Deine Feinde.

Staat, freierlicher unser, der Du bist im Himmel,
Lass uns nichts unrechtes denken,
Schütze das Eigentum der Mächtigen
Und bewahre uns vor der Verschwendung
Zu zweifeln an Deiner Allmacht, oh Kapital!
Lieber Rechtsstaat im Himmel,
Wir wollen uns bessern und kriechen hinfort.
Wollen Busse tun, indem wir Selbstzensur üben
Und wollen wieder einführen die Todesstrafe!

Liebe Marktwirtschaft im Himmel,
Gib uns unser täglich Brot,
Denn wir werden es verdienen
durch unser Schweigen.
Und kriechend werden wir
bekennen:
Ewiglich sind Deine Gesetze,
Unveränderlicher,
Denn sie sind nicht gemacht
von Menschenhand!





HEIDI WEBER HAUS
VON LE CORBUSIER

CoCo

Forum für Gemeinschaftsaktionen
des Gottlieb Duttweiler-Instituts
Ecke Bellervestrasse/Höschgasse,
CH - 8008 Zürich, Telefon 01 47 00 68
Öffnungszeiten:
Dienstag - Sonntag 14.00 - 18.30 Uhr

Veranstaltungen des CoCo im Dezember:

- Mi 7. 14.00-18.30 Kasernenaktion; Wie soll das Zürcher Kasernenareal aussehen?
 - Do 8. 20.00-22.30 Landkommunen in den USA. Diavortrag von Walter-Archeion Moritz (BRD), abschliessend Diskussion mit Landkommunen in der Schweiz.
 - Fr 9. 20.00-22.30 Alternativmedien in der Schweiz - deren Bedeutung und Zukunft im Medienwesen. Diskussionsleiter: Dr. Stephan Portmann.
 - Sa 10. 14.00-21.00 Luzerner Spielleute, Luzerner Spielaktion. Kinder spielen Theater, Videoaktionen.
 - So 11. 09.00-18.00 Arbeiterbewegung und Bürgerinitiativen; Tagung der Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Pinks).
 - Mi 14. 20.00-22.30 Quartier-Kompetenzen/Quartier Demokratie. Weiterführung der Diskussion mit Quartiergruppen und Parteisektionen.
- ständig 14.00-18.30 (ausser Montag)
Ausstellung über Gemeinschaftsaktionen und Bürgerinitiativen.

Forum für Gemeinschaftsaktionen im Corbusier-Haus eröffnet

Bitte Rasen betreten!

bs. Unter der Bezeichnung «CoCo» (Corbusier Community Workshop) hat das Gottlieb-Duttweiler-Institut Ende November im Corbusier-Pavillon im Zürcher Seefeld ein Forum für Gemeinschaftsaktionen eröffnet, das für vorläufig zwei Jahre zur fest en Institution werden soll. Gegenwärtig zeigt das CoCo die Ausstellung «Bitte Rasen betreten», gestaltet von verschiedenen Gruppen. Auf die Eröffnung hin ist auch die Rohfassung eines Handbuchs für Gemeinschaftsaktionen fertiggestellt worden. Parallel zur Ausstellung finden laufend Veranstaltungen statt (siehe Kastan).

Unter «Gemeinschaftsaktionen» werden im CoCo all die Quartiergruppen, Fraueninitiativen, Alternativmedien, Selbsthilforganisationen, Bürgerinitiativen usw. verstanden, die den «Rasen» der traditionellen Politik, der eingeschlafenen und farblosen Medien, der grossen Wirtschaft oder des flauen Kulturbetriebs freventlich betreten und nach ihren eigenen Vorstellungen belebt haben.

Im Handbuch lautet eine Definition: «Eine Gemeinschaftsaktion (GA) ist ein Zusammenschluss von mehreren an einem bestimmten Problem interessierten Leuten, denen es darum geht, mit verein-

igten Kräften ihre legitimen Interessen durchzusetzen, sich ein Recht zu verschaffen oder ein vorhandenes Recht durchzusetzen, gegen die Gleichgültigkeit und Passivität von andern, gegen einen lahmen Behördenapparat, gegen die etablierte Macht.» Oder: «GA sind im wesentlichen Versuche von Betroffenen, in eigener Initiative politisch zu handeln und damit Demokratie ernst zu nehmen.» Ganz klar sind dabei natürlich Gruppen ausgeschlossen, die eigene wirtschaftliche oder kommerzielle Interessen verfolgen.

Die Ausstellung, die vor allem auf Selbstdarstellungen der verschiedenen Gruppen aufbaut und angenehmerweise dem Betrachter einmal nicht überfordert, ist in sechs Teile gegliedert. Im ersten Teil werden Quartiergruppen vorgestellt: Der «Einwohnerverein Altstadt links der Limmat» in Zürich, der vor allem durch den spektakulären Abstimmungskampf um die Augustinerasse bekannt geworden ist; der «Quartierausschuss Kirchenfeld-Brunnaden» in Bern, der durch seine sorgfältige Arbeit bereits zum anerkannten Partner der Stadt Bern geworden ist; der «Verein Pro Fierzgasse», der sich in der Nähe der Zürcher Langstrasse für die Erhaltung von gutem und günstigem (und demnach abbruchbedrohtem) Wohnraum einsetzt; und schliesslich eine Gruppe aus Basel, die für mehr Wohnfläche und Lebensqualität im Industriequartier St. Johann kämpft.

Im zweiten Teil zeigen drei Gruppen, wie Eltern und Kinder Auswege aus jenen Zwängen suchen, welche die Kreativität der Kinder verschütten: Die Arbeitsgruppe «Kindertheater im Quartier» im Zugerland, der Verein «Freie Volksschule Zürich» und die Aktion «Kinderspielplatz Luzern».

Zwei Fraueninitiativen stellen sich im dritten Teil vor: Die Infra-Beratungsstelle und der Verein «Frauen für den Frieden» in Meggen LU. Alternativmedien bestreiten den dritten Teil, nämlich die «Leserzeitung» und das «Alternative Lokal-Radio Zürich», das erst im Aufbau begriffen ist. Die beiden letzten Teile sind der kulturellen Selbsthilfe (Produzentengalerie und Kulturinitiative Basel) und den Landkommunen gewidmet. Wir werden auf einzelne Aktionen im «konzept» noch zurückkommen.

Eine interessante Publikation stellt das «Handbuch für Gemeinschaftsaktionen» dar. Es enthält in einem ersten Teil Beispiele von Gemeinschaftsaktionen, welche den Lesern zum «Selbermachen» anregen. Der Hauptteil stellt aber den Versuch dar, jenen Leuten, die etwas unternehmen wollen, konkrete Handlungsanleitungen und Tipps zu vermitteln. Ein Anhang enthält zahlreiche wichtige Adressen und einen umfangreichen juristischen Teil. Die vorliegende Fassung des Buches ist allerdings erst die Diskussionsgrundlage für ein späteres, «richtiges» Handbuch. Sie soll jetzt von erfahrenen und unerfahrenen Aktörnern diskutiert, kritisiert, korrigiert, angeregt und ergänzt werden. Der Wälzer (ein Ringheft von 237 Seiten) kann zum Preis von 10 Fr. beim CoCo, Höschgasse 8, 8008 Zürich, bezogen werden.

Im Dezember erscheint:

Inhalts- und Autorenverzeichnis (1972--1977)

Viele Artikel des «konzept» haben ihre Bedeutung bis heute noch nicht verloren, und die meisten markieren die wichtigen sozialen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in der Schweiz. Deshalb gibt es viele Leute, die «das konzept» als Hilfsmittel für ihre soziale, politische oder historische Arbeit brauchen. Um Artikel und Autoren leichter zu finden, haben wir dieses Verzeichnis hergestellt. Sie finden in kürzester Zeit alle Artikel, welche z. B. Niklaus Meienberg für «das konzept» verfasst hat; ebenso ersieht man leicht, was wir z. B. zum Thema «Psychiatrie» veröffentlicht haben.

Sie erhalten das Verzeichnis mit untenstehendem Talon (gegen 3.60 Fr. in Briefmarken) oder durch Voreinzahlung auf unser Postcheckkonto 80-37626, Vermerk: «Verzeichnis».

Weiter in erhältlich: «das konzept»-Jahrgänge.

Für eine 10-Franken-Note «erhalten Sie einen ganzen Jahrgang franko Haus zugestellt».

Ich bestelle _____ «konzept»-Inhaltsverzeichnis. (Beiliegend 3.60 Fr. in Briefmarken pro Verzeichnis)

Name:

Strass/e, Nr.:

PLZ, Ort:

Kontakte der VSS mit dem Int. Studentenbund

Sollen sich Schweizer Studenten international organisieren?

Seit rund 10 Jahren gehören die schweizerischen Studenten keiner internationalen Studentenorganisation mehr an. Grund dafür war der Zusammenbruch der International Students' Conference (ISC), deren Mitglied der VSS war.

CIA finanzierte internationale Studentenorganisation

Zusammengedrückt ist die ISC, als aufgedeckt wurde, dass der Sekretär der Organisation, der Sohn des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag, im Solde des amerikanischen Geheimdienstes stand. Diese Verbindung zwischen der ISC und dem Geheimdienst einer Grossmacht wirft ein Schlaglicht auf das politische Spannungsfeld, worin sich damals die internationale Studentenbewegung befand.

Zwei internationale Studentenverbände standen sich gegenüber: auf der einen Seite der Internationale Studentenrat (ISR), dem neben den Studentenorganisationen der sozialistischen Länder vor allem auch die Studentenverbände der jungen Nationalstaaten in Asien, Afrika und Lateinamerika angehörten. Dazu kamen nationale Verbände aus kapitalistischen Ländern, die traditionell von der Linken beherrscht waren wie etwa der französische Studentenverband UNEF. Der ISR entstand auf Beschluss einer internationalen Studentenkonferenz vom November 1945 in London, wo sich Organisationen zusammenge-



Vorstand: David Gerber, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

funden hatten, welche die antifaschistische Aktivität der Studenten vor allem auch in den den Nazis besetzten Ländern im 2. Weltkrieg vorantrieben hatten. Dieser Ausgangspunkt schlägt sich nieder im Zweckparagrafen des ISR, wo der Kampf gegen Faschismus, nationale Unterdrückung und Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, internationale Zusammenarbeit und Frieden einen wichtigen Platz einnehmen.

Auf der andern Seite, die International Students' Conference, die beim Ausbruch des kalten Krieges als westliches Spaltprodukt des ISR entstanden war. Die Teilung der Welt in Blöcke, die politische Landschaft des kalten Krieges, fand ihr Abbild auf der Ebene der Studentenorganisationen. Der VSS gehörte, wie es der damals tonangebenden Linie in der schweizerischen Studentenpolitik noch entsprechen hat, dem amerikanischen Verband an wie auch die Mehrzahl der andern westeuropäischen Verbände, die ebenfalls zusammen mit dem VSS nach dem Platzen des CIA-Skandals die ISC verlassen haben.

ISB wandelt sich

Allein schon die Tatsache, dass nach 1967 der Internationale Studentenbund (ISB) die einzige weltweite Studentenorganisation war, bewirkte eine Aufweichung der aus dem kalten Krieg stammenden Strukturen und Verhaltensweisen. Die Tendenz, von einigen internationalen zum universalen Studentenverband zu werden - man hat dabei etwa die Organisationen des Uno-Systems vor Augen -, verstärkte sich, vor allem auch deshalb, weil die Vertreter der dritten Welt das zahlenmässige Übergewicht erhalten hatten.

Es ist diese Tendenz in der Entwicklung des ISB, die die Frage einer internationalen Organisation der schweizerischen Studenten aktuell werden lässt, und so ist es in den letzten Jahren zu freundschaftlichen gegenseitigen Beziehungen zwischen dem VSS und dem ISB gekommen.

Was stellt der ISB heute dar

Der 1946 in Prag gegründete Internationale Studentenbund zählte vor dem Anfang November 1977 in Sofia zu Ende gegangenen 12. Kongress 97 Mitglieder. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung gegenüber dem Stand vor zehn Jahren. So ist der ISB heute von internationalen Organisationen wie der Uno oder der Unesco als Vertreter studentischer Interessen anerkannt, wenn auch diese Vertretung für keinen der angeschlossenen nationalen Verbände verbindlich sein kann.

Die Organe des Verbandes sind der Kongress, der alle drei Jahre zusammentritt und die generelle Linie des ISB festlegt, das Exekutivkomitee, welches aus Mitgliedern der nationalen Verbände (für alle Organe gilt, dass Organisationen und nicht Einzelpersonen Mitglieder sind. Die Vertreter in die Organe werden dann von den jeweiligen Mitgliedsverbänden selbst bezeichnet), und das Sekretariat mit Sitz in Prag, in welchem ungefähr 20 Mitgliedverbände vertreten sind.

Welt Studenten Nachrichten



Die Monatszeitschrift des Int. Studentenbundes (in der Schweiz über Pinks, Froeschgasse 7, 8001 Zürich, Fr. 12.- pro Jahr).

Der ISB kennt verschiedene Kategorien von Mitgliedern. Neben der Vollmitgliedschaft gibt es auch die Möglichkeit der assoziierten Mitgliedschaft, bei welcher die Mitgliedschaftsbedingungen zwischen ISB und nationalem Studentenverband gemäss den Bedürfnissen und Möglichkeiten der beiden Seiten ausgedehnt werden.

Wichtiges Prinzip der inneren Demokratie des ISB ist, dass keine Mitgliederorganisation verpflichtet ist, Beschlüsse des ISB auszuführen, wenn die Beschlüsse von ihr selbst nicht unterstützt werden. Der ISB anerkennt somit, dass für jeden angeschlossenen Verband dessen eigene Gremien die höchste beschlussfassende Instanz darstellen.

Solidaritätsarbeit im Vordergrund

Der ISB ist auf verschiedenen Gebieten tätig. Er bildet Kommissionen zu Fragen der Demokratisierung der Bildung, zu Fragen des studentischen kulturellen Lebens, Studententourismus und Sport. Am weitesten entwickelt ist der Sektor der Solidaritätsarbeit mit den Völkern der dritten Welt und den Opfern faschistischer Regimes. In den Kampagnen gegen die Unterdrückungspolitik der faschistischen Militärjunta in Chile, gegen die Apartheidpolitik im südlichen Afrika und zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Vietnam hat der ISB viel geleistet. Das wird von allen Seiten anerkannt.

Von Mitgliedern des ISB aus den hochentwickelten kapitalistischen Ländern aber wird bedauert, dass der ISB sich nicht sehr intensiv mit den Problemen der Studenten aus dieser Region befasst. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass aus diesen Ländern nur gerade Frankreich, Island, Finnland, Griechenland und Japan im ISB vertreten sind.

VSS und ISB

Seit einigen Jahren schon haben sich die Beziehungen zwischen ISB und VSS kontinuierlich entwickelt. Der VSS wird des öftern an Seminare und andere Veranstaltungen des ISB eingeladen, ebenfalls findet ein immer regerer Informationsaustausch statt. Dieses Zusammenarbeiten wird von ISB gefördert, weil er eine Politik der Nichtdiskriminierung gegenüber Nicht-Mitgliedernorganisationen vertritt. Dadurch wird der universale Charakter des ISB unterstrichen, da er jede Ausschliesslichkeit ablehnt.

Höhepunkt in der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen bildete der Besuch einer ISB-Delegation im letzten Juni in der Schweiz, welcher Gelegenheit zu ausführlichen Diskussionen geboten hat. Auf Grund dieser Gespräche schlägt der VSS-Vorstand dem Delegiertenrat auch vor, die Möglichkeit einer assoziierten Mitgliedschaft des VSS beim ISB zu prüfen.

Probleme bestehen noch

Nach wie vor aber bestehen für den VSS Probleme im Verhältnis zum ISB. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass gewisse positive Entwicklungen im ISB, die die Überwindung von Strukturen und Verhaltensweisen aus der Zeit des kalten Krieges, unterschiedlich weit vorangekommen sind.

Hierin liegt auch der Grund, warum sich einige andere, durchaus fortschrittliche, westeuropäische Studentenverbände noch nicht dem ISB haben anschliessen können (vds aus der Bundesrepublik, NUSUK aus Grossbritannien usw.). Aber vertretbar ist auch der Standpunkt, dass die westeuropäischen Verbände ihrerseits zur Entwicklung dieses universalen Charakters beitragen müssen; damit dieser beim Abseitsstehen von Verbänden aus einer bestimmten Region sich nicht vollständig durchsetzen kann. Thomas Heilmann, VSS

Beitrag zur Einheit

Gemeinsame Erklärung VSS- ISB

Auf Einladung des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) wurde vom 27. bis 30. Juni 1977 eine Delegation des Sekretariats des Internationalen Studentenbundes (ISB) in der Schweiz. Ziel der Gespräche mit dem Vorstand des VSS war die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ISB und VSS. Es fand ein ausführlicher Meinungs- und Informationsaustausch über die Arbeit beider Verbände statt. Die Delegation des ISB traf ebenfalls mit Vertretern der Studentenschaften der Universitäten Zürich, Bern sowie der Eidgenössischen Technischen Hochschulen von Zürich und Lausanne zusammen.

Im Verlauf der Diskussion wurden als Gebiete der möglichen Zusammenarbeit u. a. genannt: Demokratisierung des Bildungswesens; Kampf gegen Jugend- und Studentenarbeitslosigkeit; die Solidarität mit dem Kampf der Völker von Chile und dem südlichen Afrika; Unterstützung des Kampfes der Völker für ein neues, gerechteres System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen; für ökonomische Unabhängigkeit, Entwicklung und sozialen Fortschritt; der studentische Beitrag zur internationalen Entspannung und Zusammenarbeit; Vorbereitungen für die 11. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Havanna (Kuba) 1978.

Beide Seiten waren der Meinung, dass der Besuch der ISB-Delegation einen Beitrag zur Einheit der fortschrittlichen Studentenbewegung in Europa geleistet hat, und haben beschlossen, ihre Zusammenarbeit im Sinn der geführten Gespräche weiter zu vertiefen.

VSS-Vorstand und ISB-Delegation



In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert und kritisiert «das konzept» unsere schiefen Bücher für ne Lesende.

Pestalozzi - Bürger der Revolution

rk. Pestalozzi, das ist der Kinderfreund, der weise Erzieher und Lehrer. So zumindest wollen es uns die «offiziellen» Darstellungen seiner Persönlichkeit weismachen. James Guillaume, der Schweizer Anarchist des 19. Jahrhunderts, zeichnet ein anderes Bild von Pestalozzi, nämlich als Bürger der Französischen und der Schweizer Revolution. In einem zweibändigen Werk beschreibt er umfassend diesen Intellektuellen, welcher die revolutionären Ziele ernst nimmt und auch in der Schweiz verwirklichen will. Aber nicht einseitiger Heroismus bestimmt die «kleine Biographie», welche nun der Limmat-Verlag neu herausgegeben hat; James Guillaume beschreibt auch die Zweifel, die Enttäuschungen, das Zögern Pestalozzi in den Wirren der Helvetischen Republik. Sonderbar: dass es oft die Anarchisten sind, welche so lebendige Bücher über die Schweizer Geschichte und ihre Persönlichkeiten schreiben, erinnert sei auch an Bruppers Selbstbiographie... (80 Seiten, 11 Fr.)

das konzept Tip

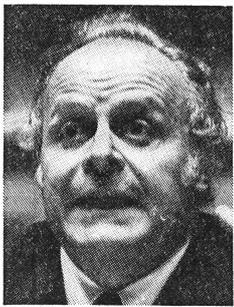
In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

DM gegen Berufsverbote

Um der zunehmenden Repression gegen demokratische und fortschrittlich denkende Personen im öffentlichen Dienst (Berufsverbote) wirksam entgegenzutreten zu können - sowohl in der BRD wie in der Schweiz -, hat sich (im Rahmen des Demokratischen Manifests Nordwestschweiz) das Schweizerische Solidaritätskomitee gegen die Berufsverbote (c/o Thomas Waldvogel, Im Etingerhof 4, 4053 Basel) gebildet. «Wir rufen alle demokratisch und fortschrittlich denkenden Personen auf sich mit uns zu solidarisieren und unsere Arbeit zu unterstützen! Wir benötigen dringend Grundlagenmaterial zum Kampf Berufsverbote; jede Mitarbeit (auch ausserhalb Basels) ist uns willkommen.»

Samichlausvärsl

Liebe, liebe Chlausius, gall Du bisch kei Numerus? Bringst mir Optel, Bire, Nüss nei vor Dir han ich kei Schuss. Andreas Bosshard



Otto Fischer - ein «Mann des Volkes»

(CB.) Hingeboren in eine Textilunternehmerfamilie im Zürcher Oberland im Jahr 1915, hat er den Geist fabrikerlichen Liberalismus wenn nicht mit der Muttermilch, so doch sicher atmosphärisch schon im Elternhaus eingeatmet. Nachdem er dann folgerichtig in Zürich die Handelsmatura absolviert hatte, studierte er in Genf und Rom auf den Dr. oec. publ. zu. Nach Studienabschluss verschlug es ihn für sieben Jahre (von 1941 bis 48) in die Eidgenössische Preiskontrollstelle. Diese erweist sich als «Umweg», der sich segensreich auf die heutige politische Textur des O. F. auswirkte: denn bevor er 1950 den Staatsdienst verliess, um auf persönliche Empfehlung des damaligen Bundesrates Stampfli geschäftsleitender Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes zu werden und zu dessen Direktor aufzusteigen (1967), lernte er in den Jahren 1941-48 erst einmal die «Staatsbürokratie» (Originalton O. F.) kennen, und das ist ja auch recht nützlich: «Ich bin gerade durch die damaligen Erfahrungen zum Erzilberaler geworden», wie er in einem Gespräch mit der «Schweizerischen Handelszeitung» über seine damalige Zeit sagte. Als Erzilberaler tritt er ausdrücklich ein für «law und order» - logisch! Nun, der Glaube allein will noch nicht überzeugen. Lass' Taten sprechen. In einem Interview mit der «Schweizer Illustrierten» in diesem Frühsommer vor dem legendären, schicksalsschweren 12. Juni nannte er seine «drei grössten Siege»: dass er 1970 entscheidend mit dazu beitrug, Nello Celios Finanzvorlage zu Fall zu bringen; die Ablehnung des Konjunkturartikels 1975; den erfolgreichen Referendumskampf gegen das Raumplanungsgesetz im letzten Jahr. Zu erwähnen vergisst er in dieser Reihe den Freudentag, an dem der Bildungsartikel (aufgrund des Ständemehrs und nicht des Volksmehr!) «bachab» ging. Dabei ist dieses Thema ansonsten, neben seinem entscheidenden und «smüggeln» Eintreten gegen Entwicklungshilfe und Gelder für die Forschung, gegen die Preisüberwachung und gegen die betriebliche Mitbestimmung, gegen allfälligen Uno- und EG-Beitritt der Schweiz, eines seiner Leib- und Magen-themen. Dieses hilft ihm jetzt auch den Kampf gegen das HFFG bestreiten: Aus dem damaligen Abstimmungsresultat bezieht er klar den Volksauftrag, gegen das HFFG zu Felde zu ziehen. Dazu legitimiert fühlt er sich auch nach dem 12. Juni, an dem es Celios Nachfolger Georges André Chevallaz traf. Den Abstimmungsausgang buchte er ja auch (vgl. das Gespräch) ganz auf sein Konto, wohl als seinen vierten grossen Triumph. Apropos Volkes Stimme: Otto Fischer stuft sich tatsächlich als Mann des Volkes ein...



M. Disteli, Volksvertreter, 1829. Der Esel, neu ins Parlament gewählt, wird mit Hafer bestochen. Nun sagt er zur Politik der Herren nur noch «Ja» - 1975 werden in der 244köpfigen schweizerischen Bundesversammlung von 174 Parlamentariern 1010 Verwaltungsratsmandate vertreten.

Zu einer Ausstellung im Helmhaus Zürich

Disteli - und fluchend steht das Volk vor seinen Bildern!
Der Maler, Politiker, Militär und Kalenderherausgeber Disteli bringt zur Zeit der bürgerlichen Revolution in der Schweiz um 1830 das Volk zum Fluchen - über die in den Bildern dargestellten Zustände und reaktionären Herrschern. Damit man auch heute noch fluchen kann und sich nicht nur - aber auch - über die Bildchen amüsiert, sind sie in der Ausstellung alle erklärt und in den historischen Zusammenhang gebracht.
Reaktionäre Tendenzen im Schulwesen, gekaufte Parlamentarier, Zensur und Publikationsverbote, aber auch Widerstand, militante Volksbewegungen, engagierte Kunst - all diese Aspekte werden in der Ausstellung angesprochen zum Vergleich mit der heutigen Situation unweigerlich an. Wer da etwas mehr, kann auf der Wandzeitung in Wort und/oder Bild auf die Fragen eingehen: Was würde Disteli heute zeichnen? Wie würde er heute handeln?
Helmhaus Zürich, 18. 11.-31. 12. 1977, Di-So 10-18 Uhr, Do auch 20-22 Uhr.

Gespräch mit Dr. O. Fischer über das Referendum gegen das Hochschulförderungsgesetz

«Es gibt zu wenig Leute, die unqualifizierte Arbeit machen.»

Das Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFFG) wurde vom Parlament in diesem Herbst verabschiedet und sollte auf den 1. Januar 1978 in Kraft treten. Das Gesetz sieht eine verstärkte Koordination im Hochschulwesen vor. Auch sollen die Subventionen des Bundes an die den Kantonen unterstehenden Hochschulen erhöht werden - allerdings nach Massgabe der Potenz des Bundessäckels. Wer mehr zahlt, soll allerdings auch mehr bestimmen können; auch dafür sorgt

das neue Gesetz. Im weiteren sieht der Zweckartikel des Gesetzes die «Wahrung des freien Hochschulzuganges» vor, was in der Frage des «Numerus clausus» von eminenter Bedeutung ist. Gegen dieses Gesetz hat ein Komitee unter der Agide des Direktors des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Dr. O. Fischer, das Referendum ergriffen. Hanna Muralt und Claudia Bonn nahmen ihn und seine Argumente unter die kritische Lupe.
Die Red.

Herr Dr. Fischer, ergreifen Sie das Referendum gegen das Hochschulförderungsgesetz (HFFG), weil Sie sich mit den Finanzbeschlüssen nicht einverstanden erklären können, die darauf basieren, aber im Gegensatz zum HFFG selber nicht einem Referendum unterliegen?
O. Fischer: Das HFFG ist aus finanz- und bildungspolitischen sowie aus föderalrätlichen Gründen nicht tragbar. Aber in erster Linie geht es ums Sparen. Aber werden nun nicht gerade die Kantone in eine prekäre Lage kommen, wenn das HFFG wirklich zu Fall gebracht wird? So ist es zum Beispiel doch sehr wohl denkbar, dass die Hochschulkantone sich ausserstande erklären werden, ohne erhöhte Bundessubventionen künftig alle Studiuvilligen an ihren Universitäten auszubilden und als erste die Studierenden aus Nichthochschulkantonen ausschliessen.
In erster Linie sind die bisherigen Bundessubventionen, die die Voraussetzung der Nichtdiskriminierung der Nichthochschulkantone zu binden.

«Es wurden Leute ausgebildet, die man gar nicht hätte ausbilden sollen.»

Zweitens sollen die Hochschulkantone von den Nichthochschulkantonen eine angemessene Kostenbeteiligung verlangen.
Die Regelung einer Beteiligung der Nichthochschulkantone an den finanziellen Aufwendungen der Hochschulkantone für ihre Hochschulen wird ja schon diskutiert. Aber befürchten Sie nicht, dass, wenn die zusätzliche Unterstützung des Bundes, wie das HFFG sie vorsieht, ausfällt, es zu einer Regionalisierung im Hochschulwesen kommt, die finanzschwachen Nichthochschulkantone benachteiligt? Wir haben bereits heute ein Beispiel für das, was zu befürchten steht: das Spezialabkommen zwischen Basel-Stadt und Basel-Land.
Warum nicht? Wie erwähnt, sollen die bisherigen Bundessubventionen dazu eingesetzt werden, die Stellung der Nichthochschulkantone zu stärken. Das Sonderabkommen zwischen Basel-Stadt und Basel-Land betrachte ich im übrigen als den richtigen Weg. Solange der Bund aber einfach zahlt, fehlt der Druck, um die Nichthochschulkantone zu eigener Initiative zu veranlassen.
Besteht nun nicht auch die Gefahr, dass die geplante Gründung der Hochschule Luzern ihren Spreiter zum Opfer fällt, wo Hochschulen für die Region Zentralschweiz von grosser Bedeutung wäre?
Ich bin nicht gegen Luzern. Aber als Mitglied der Finanzkommission des Nationalrates bin ich gegen ein grosszügig

ges Verteilen der Gelder. Das verführt nun dazu, sie ebenso grosszügig auszugeben. Es muss aber gespart werden, wo das ist Sache der zuständigen Instanzen. Die Defizite des Bundes müssen abgebaut werden. Der Staat müsste vermehrt nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien arbeiten.
Werden in der Folge eines Ausfalles des HFFG nicht gerade die benachteiligt, die sie vertreten? Jetzt schon haben es wirtschaftlich und sozial schwächere Gestalten und die, die nicht durch ihren familiären Umkreis mit der Hochschule verbunden sind, schwerer, an die Universität zu gelangen. Es ist zu befürchten, dass sich

Medizinerbedarf her gesehen gar nicht nötig, mehr Studienplätze zu schaffen.
Im Falle eines NC: Welche Massnahmen schlagen Sie konkret zu seiner Bewältigung vor?
Teilweise Selbstregulierung. Das spielt ja heute auch schon bei den Medizinern und Architekten. Teilweise Wartelisten.
Fürchten Sie nicht, dass eine mögliche Folgewirkung die eines Verdrängungseffektes ist, der die Maturlanden, die von den Hochschulen abgewiesen werden oder sich unter den dann gegebenen Umständen gar nicht erst trauen, ein



Fischers Otto fischt im Trüben

diese Relationen nur noch verschlechtert unter den Bedingungen, die ein Ausfall des HFFG schafft.
Ich spreche hier als Nationalrat und als mitverantwortlicher Schweizer Bürger für die Bundesfinanzen und nicht als Vertreter des Gewerbeverbandes. - Aber «Benachteiligung»: Die Stipendien sind doch heute sagenhaft, verglichen mit früher. Und ausserdem gibt es viele, die gar keine Ausbildung wollen.
Nehmen Sie einen Numerus clausus in Kauf, wenn das HFFG zur Strecke gebracht wird und er daraufhin nicht mehr abwendbar ist?
Der NC wird doch jedes Jahr dramatisiert. Die Dinge sollen sich selber regulieren. Es hat auch noch reichlich Elastizität. Es geht zum Beispiel nicht an, dass Gebäude ein halbes Jahr leerstehen. Und es hat auch reichlich Personal. Beispielsweise ist in den 6 Jahren 1970 bis 1976 die Zahl der Dozenten in der Medizin (von 860 auf 1357), also um 57 Prozent, gestiegen, während in der gleichen Zeit sich die Zahl der Studenten nur um 13 Prozent erhöht hat (von 7498 auf 8405). Ich bin nicht für den NC. Ich bin auch nicht grundsätzlich gegen Notmassnahmen des Bundes gegen den NC; ich würde keine Aktion dagegen unternehmen. Aber das HFFG ist in der Beziehung eine glatte Fehlkonstruktion. Darauf habe ich auch im Parlament hingewiesen: Es tritt ja erst dann voll in Kraft, wenn der Geburtenberg schon vorbei ist.
Ich bin auch nicht für eine Planung von Studentenzahlen. Das ist antibürgerlich. Aber ich bin gegen eine dauernde und strukturelle Subventionierung der Hochschulen durch den Bund, wie sie das HFFG vorsieht. Und ich bin dagegen, dass die Studenten als einzige Kategorie von Schweizer Bürgern das Privileg eines Rechts auf unbeschränkte Ausbildung haben sollen. Das gibt es nirgendwo sonst im Ausbildungsreich. (Es können ja zum Beispiel auch nicht alle, nur weil sie es wünschen, das Lehrerseminar besuchen, wenn der Staat feststellt, so viele Lehrer, wie da ausgebildet werden, kann er gar nicht brauchen.) Ich bin dagegen, dass jeder unbedingt das Recht haben soll, das zu studieren, was er gerade möchte, auch wenn die Studienplätze dafür gar nicht vorhanden sind, und dass dann der Staat wunschgemäß die noch fehlenden Studienplätze zu schaffen hat. Einen Bildungsartikel gibt es ja auch nicht. In der Medizin zum Beispiel ist es auch vom

Hochschulstudium zu ergreifen, in die Lehrstellen hineindrängen, die Anwärter mit anderen Schulabschlüssen zugeordnet sind? Das in der heutigen Lage, die ohnehin durch Lehrstellenknappheit gekennzeichnet ist. Und in der Nachfrage nach Lehrstellen aus.
Es gibt erstens zuwenig Leute heute, die unqualifizierte Arbeit machen. Es

«Von einer «extremen Hochschulpolitik» zu schreiben, wie dies Dr. O. Fischer tut, ist schlechthin abwegig (NZZ vom 20. 11. 1977)

wird noch wie in Amerika kommen, dass man solchen Kräften Spitzenlöhne wird zahlen müssen. Zweitens müssen Leute, die eine Ausbildung wollen, sich umtun. Heute wird wieder geprüft. Es wurden ja zu Zeiten Leute ausgebildet,

Der Allgewaltige

Er macht es sich leicht, Otto Fischer, allgewaltiger Direktor des Schweizer Gewerbeverbandes und einer der erfolgreichsten Schweizer Politiker der letzten Jahre. Schon Konjunkturartikel und Raumplanungsgesetz hat er «gebodigt». Jetzt schickt er sich an, als der wohl prominenteste in der Reihe der Politiker, die das Referendum gegen das HFFG ergriffen haben, die landesweiten Anstrengungen um eine Sicherung des schweizerischen Hochschulwesens für die Zukunft zunichte zu machen - unbeschwert über die Konsequenzen seines Tuns. Eine Antwort darauf, wie man den Scherbenhaufen, den es nach dem Ausfall des HFFG und der damit verbundenen Finanzierungsbeschlüsse geben wird, wieder zu einem Ganzen zusammensetzen soll, bleibt er schuldig.
Unbeschwert ist er auch von moralischen Bedenken bei einer solchen Aussage wie: «Es gibt zu wenig unqualifizierte Leute.» Wir müssen damit rechnen, dass es Otto Fischer nicht schwerfallen wird, in die lange Reihe seiner Erfolge auch die Annahme dieses Referendums einzufügen. (Über das Zustandekommen des Referendums ist man unbesorgt.) Nehmen wir Otto Fischers und seiner Mannen Zuversicht als Kampfansage. Sorgen wir dafür, dass er kein leichtes Spiel hat in der Bevölkerung.
Es drohen der Numerus clausus, die Benachteiligung von Studenten aus finanzschwachen oder aus Nichthochschulkantonen und das Nichtzustandekommen der Hochschule Luzern. Insofern: Verhaltlos können auch wir nicht dem HFFG zujubeln.
Einen schwachen Punkt hat auch Otto Fischer recht gut erkannt: Voll wirksam wird das Gesetz erst, wenn es möglicherweise schon zu spät ist. Denn die jetzigen

die man gar nicht hätte ausbilden sollen. Die schweizerische Bildungspolitik ist ohnehin problematisch. Da würden viel zu viele Gymnasien gebaut. Und die Universitäten sind nun ebenfalls im Begriff, sich aufzublähen.

Herr Fischer, glauben Sie nicht, ein modernes, ressourcenarmes Land wie die Schweiz muss für sein Bestehen in der Zukunft ganz besonders in die Bildung seiner Bevölkerung investieren? Denn international gesehen weist die Schweiz zum Beispiel unterdurchschnittlich wenig Studenten auf.
Ach, es ist ja noch die Frage, ob das, was da immer verglichen wird, überhaupt vergleichbar ist, was da so mancherorts «Student» genannt wird. Was die erste Frage anbelangt, so geht es ja in keiner Weise darum, die Bildung und Ausbildung der schweizerischen Bevölkerung abzubauen oder auch nur aufzuhalten. Sondern es geht darum, ich wiederhole, dass man in einem vernünftigen Rahmen nach Massgabe der vorhande-

nen Mittel ausbildet. Daran sind vor allem auch die Studenten und Akademiker interessiert.
Die Universitäten sind eine Aufgabe des Staates.
Ja, die Privatwirtschaft hat andere Aufgaben.

«Was da so mancherorts «Student» genannt wird...»

nen Mittel ausbildet. Daran sind vor allem auch die Studenten und Akademiker interessiert.
Die Universitäten sind eine Aufgabe des Staates.
Ja, die Privatwirtschaft hat andere Aufgaben.



Das Gespräch mit Dr. O. Fischer führten Hanna Muralt, VSS-Vorstand 1976/77, und Claudia Bonn vom Vorstand der Studentenschaft Bern.

Wie definieren Sie denn nach dem bisher Gesagten die Aufgaben des Staates?
Die Sachen machen, die niemand sonst machen kann und die dringend nötig sind.

Was heisst das konkret?
Man muss dafür sorgen, dass der Staat gesunde Politik macht, weniger wäre heute mehr.

Aber bei aller Enthaltensamkeit des Staates, die in normalen Zeiten gefordert wird: In der Rezession ertörte zum Beispiel der Ruf des Baugewerbes, der Staat solle ihm kräftig unter die Arme greifen.
Ja, in allgemeinen Notlagen muss der Staat selbstverständlich einspringen. In Kriegs- und Krisenzeiten.

Der «Republikaner» publiziert gross ihren Artikel «AHV und Hochschulsubventionen nach dem 12. Juni». Beunruhigt Sie der Beifall von seiten der Republikaner nicht?
Nein, sie vertreten zum Teil eine gute Politik. Und Herr Schwarzenbach ist ein wertvoller Politiker in der Schweiz. Im übrigen erschien der betreffende Artikel im Pressedienst des Schweizerischen Gewerbeverbandes, und jedermann dürfte ihn abdrucken.

finanziellen Regelungen sind - als Zugeständnisse an die nicht eben vollen Bundeskassen - nur Übergangsbestimmungen bis zum Eintreten besserer Zeiten, in denen aber die Universitäten unter Umständen schon sehr schlechte gesehen haben.
Die vom Gesetz vorgesehene Organe lassen in ihrer Zusammensetzung von studentischer Seite her einiges zu wünschen übrig: Keine direkte studentische Vertretung mehr (geschweige denn Mitsprache oder gar Mitbestimmung) ist vorgesehen. Das bedeutet einen Rückschritt hinter heute gültige Positionen.
Für einen wirksamen Lastenausgleich zwischen Hochschul- und Nichthochschulkantonen schafft das neue Gesetz ebensowenig Vorkehrungen wie für wirksame Bemühungen in Sachen Studienreform. Eine weitere Frage: Ist auch eine sinnvolle Verteilung der Gelder durch das Gesetz vorgesehen, oder wird die gar nicht begrüssenswerte Entwicklung, dass bestimmte Fachbereiche übermässig gefördert werden, während andere langsam austrocknen, weitergehen?
Dies sind nur ein paar Hinweise auf kritische Stellen im HFFG. Es ist dennoch wichtig, dass wir das Referendum bekämpfen. Nur sollten wir nach zwei Seiten fechten: Denen, die sich in Regierung und Parlament für das Gesetz starkmachen, sollten wir Verbesserungen des neuen Gesetzes in unserem Sinn abzubringen versuchen. Wenn es das Referendum überlebt.
Claudia Bonn, Vorstand der Studentenschaft Bern

literatur:
Eine detailliertere Auseinandersetzung mit dem HFFG gibt der VSS in der Reihe «Dokumentation VSS: «Thesen zum neuen HFFG», verabschiedet vom Delegiertenrat des VSS, Stand Februar 1977. Die Broschüre kann bezogen werden auf dem VSS-Büro, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

**Charzat/Touraine/
Chevènement
CERES - Strategie
für den Sozialismus**

Reihe Positionen der Sozialisten 1
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Der linke Flügel der französischen sozialistischen Partei, sei Jahren als Fraktion im CERES organisiert, entwickelt seine Vorstellung vom französischen Weg zum Sozialismus. Das Buch ist zugleich eine sozialistische Kritik der Sozialdemokratie.



**Bruno Taut
Architekturlehre**

Grundlagen, Theorie und Kritik aus der Sicht eines sozialistischen Architekten. Mit einem Vorwort von Coerd Peschken und Tilmann Heinisch
Analysen zum Planen und Bauen 8
192 Seiten; Paperback; DM 18,-

Bruno Taut (1880-1938) ist unter den wenigen sozialistischen Architekten der Weimarer Zeit wohl der entscheidendste. Bekannt war er besonders durch die Großsiedlungen, die er für gewerkschaftliche, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften in Berlin entworfen hat, z.B. die Hufeisen-siedlung in Britz.

**Manfredo Tafuri
Kapitalismus
und Architektur**

Von Corbusiers „Utopia“ zur Trabantenstadt
Analysen zum Planen und Bauen 9
144 Seiten; Paperback; DM 16,80



Herausgegeben von einer Bürgerinitiative aus Darmstadt; 213 Seiten (mit zahlreichen Abbildungen); Paperback; DM 12,-

**Roland Günter
Fotografie
als Waffe**

Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie
194 Seiten; Paperback (mit zahlreichen dokumentarischen Fotos); DM 16,80

In diesem Buch wird die Geschichte der Fotografie zum erstenmal unter den Gesichtspunkten einer sozialwissenschaftlich orientierten Ästhetik untersucht. Der Autor geht der Frage nach, wie sich die Fotografie, die als Medium im Zusammenhang der Industrialisierung entsteht, zu einer bewußten Sozialfotografie entwickelt.

Ihre Höhepunkte werden gezeigt: Die anklägerische Sozialfotografie (Rys, Hine, Bourke-White, Smith), die Arbeiterfotografie, die Fotomontage (Hearfield, Stack), die Sozialdokumentation und die Reportage.

Zum erstenmal hätten wir die Chance, jene visuelle Geschichte zu lesen, die gleichzeitig mit der Kamera geschrieben wurde - von unzähligen Fotografen, den bewußten oder unbewußten Historikern des Alltags.“ (Hans Georg Puttnies, NDR)

**Santiago Carrillo
„Eurokommunismus“
als Waffe**

188 Seiten; Paperback; DM 12,-



VSA-Verlag
Eiffestraße 598
2000 Hamburg 26

Das Konzept gegen langweilige Feiertage:

SSR-Silvester-Reisen

MOSKAU 980.-

8 Tage, Flug, Unterkunft/Vollpension, Silvesterfeier und Theaterbesuche
25.12. - 1.1.

PRAG 465.-

4 Tage, Flug, Zimmer/Halbpension, Silvesterprogramm, 29.12.-2.1.
1 Woche, 26.12.-2.1. Fr. 490.-

WIEN 295.-

4 Tage, Zugfahrt, Uebernachtungen mit Frühstück, 27.12-2.1.

ÄGYPTEN 1140.-

Kairo - Luxor - Gizeh - Kairo
8 Tage, Flug und Hotel, 25.12.-1.1.

LONDON 235.-

4 Tage mit Hotelunterkunft, Flug ab Zürich und Genf.
Weitere Londonreisen siehe im SSR-Winterprogramm

SSR-REISEN Telefonverkauf 01/242 30 00
Verkaufsstellen in Zürich, Basel, Bern, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn.

**Über die Bahamas nach Südamerika.
Für Flugpassagiere, die ihr Geld nicht
über dem Atlantik verfliegen wollen.**

● AIR BAHAMA fliegt mehrmals wöchentlich ab Luxemburg nach Nassau. An dieser Drehscheibe des internationalen Luftverkehrs stehen Anschlussflüge nach allen wichtigen Destinationen in Mittel- und Südamerika zur Verfügung. Sie erreichen Ihr Ziel zu einem äusserst günstigen Preis:

| Ihr Ziel | Retourtarife ab Luxemburg, 14-45 Tage Aufenthalt |
|-----------------|--|
| Miami | Fr. 1056.- |
| Mexico (Cancun) | Fr. 1362.- |
| Quito | Fr. 1698.- |
| Caracas | Fr. 1726.- |
| Sao Paulo | Fr. 2403.- |
| New Orleans | Fr. 1249.- |
| Bogotá | Fr. 1690.- |
| Guatemala City | Fr. 1774.- |
| Buenos Aires | Fr. 2439.- |

**Für Bahamas-Reisende, die auf
sonnige Art Geld sparen wollen.**

Retourtarife ab Luxemburg 14-45 Tage 1 Jahr gültig Aufenthalt Nassau Fr. 899.- Fr. 1273.-

● November 77 bis April 78 regelmässige Sonderflüge auch ab Zürich

AIR BAHAMA
8024 Zürich
Limmatquai 4
Tel. 01/32 94 13

4002 Basel
Hardtstrasse 45
Tel. 061/42 66 44

1211 Genève
16, rue du Mont Blanc
Tel. 022/31 43 35

**Für Flugpassagiere, denen
nichts an Einschränkungen liegt.**

- keine Wochenend-Zuschläge
- keine Bindung an feste Flugtermine
- jederzeit kostenlose Reservationsänderung
- 30 kg Freigepäck
- Rückflug ohne Zuschlag auch ab New York möglich. MIT LOFTLEIDIR ICELANDIC.



Ich möchte unverbindlich nähere Angaben:
 Prospekt «Mit AIR BAHAMA nach Nassau»
 Prospekt «Badeferien auf den Bahamas»
 Prospekt «Süd- und Mittelamerika über die Bahamas»
 Sonderflüge AIR BAHAMA ab Zürich
 Hinflug Nassau/Rückflug New York

Mein Reiseziel in Süd- oder Mittelamerika heisst: _____
Mögliche Reisedaten: _____
Voraussichtliche Reisedauer: _____
Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



Hugogasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

**Semesterarbeiten
Dissertationen**

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon (01) 211 77 27

**M-O-S
Offiziersuniformen nach Mass**

von der Uniformfabrik F. Müller,
9499 Oberschan SG
Tel. (085) 5 12 40
Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im
Magi's Jeans Shop,
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.



DIE EINZIGE UMFASSENDE DIENSTLEISTUNG FÜR STUDENTEN

PHOTOKOPIEN/DRUCKSERVICE

TELEFON: (01) 32 49 34

COPY-CORNER
SEILERGRABEN 41
8001 ZÜRICH

| PHOTOKOPIEN | - | 20 RP. - VERKLEINERUNG | 30 RP. |
|---|----------------------------------|------------------------|--------|
| - MIT LEGI | | 15 RP. - MIT LEGI | 25 RP. |
| KOPPIEN AUF NORMALPAPIER (XEROGRAFISCHES VERFAHREN) | | | |
| SCHNELLDRUCK | (VON EINER VORLAGE) | | |
| | 1SEITIG | 2SEITIG | |
| | | FR. | FR. |
| | 30 EXEMPLARE | 4.50 | 9.- |
| | 50 EXEMPLARE | 5.50 | 10.50 |
| | 100 EXEMPLARE | 7.50 | 14.50 |
| | 500 EXEMPLARE | 28.- | 52.- |
| | 1000 EXEMPLARE | 40.- | 73.- |
| ÖFFNUNGSZEITEN | MO-FR 08.30-18.30/SA 10.00-13.00 | | |

**REINSCHRIFTEN/DISSERTATIONS-
DRUCK**

TELEFON: (01) 32 00 88

STUDENTEN-
SCHREIB-SERVICE
SONNEGGSTRASSE 26
8006 ZÜRICH

REINSCHRIFTEN

DISSERTATIONEN, LIC- UND SEM.-ARBEITEN, VORSCHRIFTS-
MÄSSIG UND DRUCKFERTIG AB MANUSKRIFT, AUF IBM-KUGEL-
KOPF-MASCHINEN MIT FILM- UND KORREKTURBAND, 20 VER-
SCHIEDENE SCHRIFTEN INKL. ZEICHEN UND SYMBOLE

DISSERTATIONSDRUCK

ALS SPEZIALISTEN BIETEN WIR: FACHGEMASSE AUSFÜHRUNG,
KÜRZESTE LIEFERFRISTEN, GÜNSTIGSTE ALLES-INKLUSIVE-
PREISE (INBEGRIFFEN: VERKLEINERUNG DER VORLAGEN, OFF-
SETDRUCK, FARBIGER UMSCHLAG, TITELSATZ, ZUSAMMEN-
STELLEN UND RÜCKENLEIMEN) 5% SONDERRABATT BEI KOM-
BINATION REINSCHRIFT/DRUCK

ÖFFNUNGSZEITEN

MO-FR 08.30-11.30/13.00-17.00

Berliner Film-Festival: Das «Forum» bringt Konfrontation mit Experimentalfilmen und Filmemachern

Wie politisch können Experimentalfilme sein?

Ein Film-Festival ist in erster Linie eine Veranstaltung für Film-Kritiker und besonders an Film Interessierten. Wenn an einem solchen Festival jedoch auch Diskussionen mit den Filmemachern stattfinden, wie dies am Berliner «Forum» der Fall ist, bietet sich für die Filmemacher Gelegenheit mit Problemen des Publikums konfrontiert zu werden. Andererseits kann der direkte Kontakt des Zuschauers mit den Autoren das Mysterium, welches diesen oft anhaftet, enträtseln. Der folgende Beitrag beschreibt die so gemachten Erfahrungen und hilft, ein kritischeres Verhältnis zum Medium Film herzustellen.

Anfang nächsten Jahres finden die 28. Berliner Filmfestspiele statt. An der «Berlinale» nimmt das 1971 gegründete «Internationale Forum des jungen Films» einen wichtigen Platz als Alternativveranstaltung zum offiziellen Wettbewerb ein. Der Schwerpunkt des Forums bildet das ausländische Filmschaffen. Neben nichtkommerziellen Produktionen ver-

Film übt vielfach eine magische Wirkung aus. Der Filmemacher erscheint als «Zauberer». Je nachdem stehe ich (oder eben nicht) im Bann seines Werkes und übertrage die von dort abgeleiteten Vorstellungen und Erwartungen auf die Person des Filmemachers.

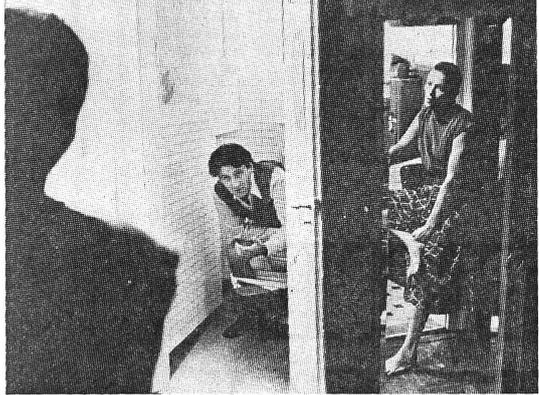
Werde ich aber mit ihm selbst konfrontiert, ohne Helfer, ohne Kamera,

identifizieren konnte. In der Diskussion aber drängte sich Peter Weibel, ihr Co-Autor, die ich eigentlich damit erreichen will, das Kino verlassen. Schade, ich mache meine Filme ja nicht nur für Kritiker.»

Darauf eine Stimme aus dem Zuschauerraum: «Viele moderne Künstler stehen heute in diesem Konflikt und kommen daher wieder mehr auf den Inhalt zurück. Sie aber beschäftigen sich fast nur mit der Form.» Benning meinte, er wolle sich nicht anpassen, sondern die Sehgewohnheiten verändern. — Der Filmemacher soll sich nicht anpassen. Und trotzdem muss er dem Zuschauer entgegenkommen, indem er seine Anliegen in eine Form kleidet, die auch einem grösseren Publikum zugänglich ist — sofern er dieses überhaupt erreichen will.

«11x14» vertritt ein wichtiges Anliegen, nämlich die Veränderung unserer festeingesessenen Sehgewohnheiten. Seine radikale Form aber scheint mir im Zusammenhang eines gesellschaftspolitischen Anspruchs verfehlt.

Doch auch für die anderen Künstler, die sich mehr auf den Inhalt konzentrieren und anstatt einer kleineren eine grössere Minderheit erreichen, ist die Situation nach wie vor unbefriedigend:



Für wen werden Filme gemacht?

Problematisch zeigte sich des Verhältnisses zwischen Film, Filmemacher und Publikum auch in einer anderen Form. Immer wieder wurde in der Diskussion die Frage aufgeworfen: Kann der Film im Ursprungsland gezeigt werden? Für wen ist der Film gemacht?

Filme aus der dritten Welt werden oft unter schwierigen Bedingungen hergestellt und sind im eigenen Lande herbe oder nur beschränkt aufführbar. Der Film erreicht also das Publikum nicht, für das er meist gemacht ist. Das vorläufige Ziel der Filmemacher ist daher, die Zuschauer hier auf Probleme und oft verschwiegene Missstände aufmerksam zu machen. Dadurch entstandene Publizität soll zu Solidaritätsbekundungen führen, dem Film und seinen Anliegen politisches Gewicht verleihen und damit Druck von aussen auf die betreffenden Regierungen ermöglichen.

Die Frage, für wen werden Filme gemacht, stellt sich ebenso bei Experimentalfilmen. Sehr oft zeigt es sich, dass die Filmemacher die festeingesessenen Sehgewohnheiten formal wie inhaltlich überfordern. «11x14» zum Beispiel von James Benning (USA) zeigt in unterschiedlichen Einstellungen und Handlungsfragmenten Mittelamerika: ohne erzählende Handlung, ohne Anfang, ohne Ende, ständig Erwartungen aufbauend und enttäuschend. Viele Leute verliessen vorzeitig das Kino. James Benning meinte in der nachfolgenden Diskussion, in der es um den Sinn und Unsinn solcher Filme ging, welche letztlich immer die gleiche kleine Gruppe von Leuten erreichen: *«Ich betrachte meine Arbeit als politische, nicht vom Inhaltlichen, sondern vom Formalen her. Ich bin mir bewusst, dass ich mit dem*

schiedensten Nationen werden vor allem Filme aus der dritten Welt gezeigt. Das breitgefächerte Angebot von politisch engagiertem Dokumentar- über Spiel- zu Experimentalfilm ermöglicht den zahlreichen Besuchern, einen Einblick ins aktuelle Filmschaffen einer oft unbekannt Minderheit zu gewinnen.

Das Symbol des diesjährigen Festivals, ein in einem angebissenen Brotchen eingeklemmter Zelluloidstreifen, bezeichnet treffend die Problematik solcher Veranstaltungen: Man verschlingt die Filme buchstäblich. Im Kontakt mit anderen Leuten, aber insbesondere mit den Filmemachern selbst, lässt sich ein anderes Verhältnis zum Film finden: Film als Mittel zur Kommunikation, zur Auseinandersetzung und zur Diskussion.

Diskussionen im «Forum»

Die Diskussionen, die jeweils nach der Vorstellung mit Regisseuren und Schauspielern stattfinden, bilden einen wichtigen Bestandteil des Forums. Wer sich nicht scheut, kann sich durchs Mikrofon direkt an die Filmemacher wenden. Diese Gelegenheit wurde denn auch ausgiebig benutzt. Leider behindern die räumlichen Gegebenheiten eine richtige Diskussion: die Filmemacher sind vorne auf der Bühne, die Diskussteilnehmer zerstreut im grossen Saal.

Formale Aspekte, so wichtig sie auch sind, verdrängen den Inhalt teilweise stark in den Hintergrund. Ausgelagerte Gefühle wurden mit Sachlichkeit überspielt. Ein Beispiel: Der Film «Unsichtbare Gegner» der österreichischen Filmemacherin Valie Export schildert subtil und ineinander verwoben die Wahrnehmungs- und Bewusstseinsveränderung einer Frau, welche durch Beobachten ihrer zerstörerischen, aggressiven Umgebung langsam einem Wahnsystem verfällt. Der Film löste in meiner Bauchgegend ein unbestimmtes Etwas, ein nicht fassbares Erkennen und Abtasten aus. Währenddessen wurden jedoch Fragen laut wie: «Bezeichnen Sie den Film als feministisch?» — «War die Konzeption des Dialogs von Anfang an festgelegt?» — «Wie finanzierten Sie den Film?»

Solche Fragen sind berechtigt, aber auch ein willkommenes Ventil für Unwillkommenes. Dies drückte eine Frau aus: sie schlug vor, das Thema zu wechseln. Die Männer seien nervös und aggressiv, während die Frauen in ihren Sesseln ruhig den Film verdauten. — Gerade solche Auseinandersetzungen konnten auch sehr fruchtbar sein und zu weiteren Gesprächen in kleinerem Kreis führen.

Film — Filmemacher — Publikum

Das «Forum» und die Diskussionen ermöglichten neben der Konfrontation mit dem Film auch die Konfrontation mit dem Filmemacher. Der Filmemacher teilte sich in seinem Werk nicht unmittelbar mit. Seine Aussagen durchlaufen einen verformenden, technischen Apparat. Was wir schliesslich zu Gesicht bekommen, ist ein aus vielen Faktoren zusammengesetztes, gefiltertes «Endprodukt». Dieses Endprodukt

ohne Medium dazwischen, wird die Spannung gross. Der Künstler selbst steht jetzt im Vordergrund, irgendwie nackt und ausgeliefert — ein völlig neuer Eindruck entsteht. Einmal bin ich fasziniert, einmal enttäuscht. Ich suche den Bezug von mir zum Künstler, vom Künstler zum Film und vom Film zu mir. Die Beziehung des Films zum Publikum, wie sie in der Kinosituation erlebt wird, ist einseitig. Die Konfrontation mit dem Filmemacher ermöglicht, diese Einseitigkeit zu durchbrechen, weil Fragen vom Film direkt zum Filmemacher beantwortet werden. Das vertieft das Verständnis für den Film. Ausserdem werden die Hintergründe des Films und die Situation des Filmemachers bewusst gemacht — und entmystifiziert.

Hinter dem Film «Unsichtbare Gegner» stand für mich eine Frau, Valie Export, mit deren Engagement ich mich

Filme von Frauen im Forum

Viele Jahrzehntlang wurde das Filmschaffen von Frauen erschwert, toteschwiegen oder ins Ghetto «typisch weiblich» abgeschoben. Nun scheint der Durchbruch gelungen zu sein: dafür zeugen die 11 Filme von Frauen im Forum.

Bewusst wurde in der Geschichte zurückgegangen und «La souriante Madame Beudet» von Germaine Dulac (1923), «Dance, Girl, Dance» von dir in allen Filmbüchern zu unrecht toteschwiegenen Dorothy Arzner (1940), sowie die «Frauen von Bissau» von der sowjetischen Regisseurin Olga Preobraschenskaja (1927) gezeigt. Im Gegensatz zu früher erhalten heute immer mehr Frauen die Gelegenheit, Filme zu machen und damit an die Öffentlichkeit zu gelangen. Doch zeichnet sich deutlich die Tendenz ab, alle von Frauen gemachten Filme unterschiedslos als «emanzipatorische Frauenfilme» zu kommerzialisieren (die Emanzipation der Frau ist zurecht gewinnbringend) und somit als Modeartikel zu verkaufen. Dies ist den ernstgemeinten emanzipatorischen Anliegen nicht gerade dienlich. Meist ist keine tiefwirkende Auseinandersetzung und Veränderung, sondern ein oberflächliches Konsumieren die Folge.

Ein Filmforum ermöglichte einen Einblick in das vielfältige Filmschaffen der Frauen verschiedenster Nationalitäten. Auffallend war das hohe Mass an Können und Phantasie, die Experimentierfreudigkeit, das Suchen nach neuen Formen und Inhalten.

«Die cierta manera» von der verstorbenen Kubanerin Sara Gómez war besonders eindrucksvoll. Anhand der Probleme, die sich zum grossen Teil aus der Beziehung einer jungen Lehrerin mit einem noch im Machismo befangenen Omnibusmonteur ergeben, beschreibt und analysiert der Film lebensnah und kritisch und humorvoll den Veränderungsprozess, der seit der Revolution in Kuba stattfindet.

«Hart County USA» von der Amerikanerin Barbara Kopple schildert einen Bergarbeiterstreik in Kentucky. Die Kraft und Emotionalität des Films liegt vor allem in der spürbaren Solidarität zwischen dem

Filmteam — das für einige Monate dort lebte — und den Arbeitern, insbesondere den Frauen.

Das Besondere an «Riddles of the Sphinx» von Laura Mulvey und Peter Wollen (England) ist das formale und inhaltliche Herantasten an die Probleme einer jungen Mutter, die von ihrem Mann verlassen wird. Das Symbol der Sphinx schafft einen Rahmen, in dem die Geschichte der Frau und das Erwachen eines neuen Bewusstseins in der ständig um die eigene Achse kreisenden Kamera eine eindringliche Form der Darstellung findet.

Ein stiller und schöner Film ist «Die versiegelte Erde» von Marva Nabili (Iran). Ein achtzehnjähriges Mädchen, das in einem ärmlichen Dorf am Rande einer neuen Stadt lebt, bricht unter dem Druck moderner und westlicher Einflüsse langsam zusammen. Die bewusst angewandte stilistische Strenge, die bewegungslos, in sich ruhenden Bilder verbergen eine untergründige Spannung, charakterisieren den Zustand des Mädchens, das sich hinter ihrer Schweigsamkeit zu einem hysterischen Ausbruch steigert.

«Unsichtbare Gegner» von Valie Export habe ich schon erwähnt.

Herausfordernd ist der neue Film der ungarischen Filmemacherin Marta Meszáros «Kilenc Honap» (Neun Monate). Eine junge, alleinstehende, selbständige Frau mit einem Kind geht eine Liebesbeziehung mit einem geschiedenen Mann ein. Die Beziehung scheitert schliesslich am kleingeberlichen Denken, an den konventionellen Forderungen des Mannes. Um mit sich selbst Übereinstimmung zu bilden, trennt sie sich von ihm, geht in eine andere Stadt und geht allein ihr zweites Kind. Die Heroisierung der Frau, das dargestellte alt-neue Heldentum, basierend auf Verzicht und Isolation, gab zu einiger berechtigter Kritik Anlass.

Weiter konnte man sehen: Chantal Ackermans «News from Home», «Kristina Talking Pictures» von Yvonne Rainer, «Erikas Leidenschaft» von Ula Stöckl und «Also es war so...» von Karin Thome.

Versuch, formal Sehgewohnheiten zu verändern, viele frustrierte, und die Zuschauer, die ich eigentlich damit erreichen will, das Kino verlassen. Schade, ich mache meine Filme ja nicht nur für Kritiker.»

Darauf eine Stimme aus dem Zuschauerraum: «Viele moderne Künstler stehen heute in diesem Konflikt und kommen daher wieder mehr auf den Inhalt zurück. Sie aber beschäftigen sich fast nur mit der Form.» Benning meinte, er wolle sich nicht anpassen, sondern die Sehgewohnheiten verändern. — Der Filmemacher soll sich nicht anpassen. Und trotzdem muss er dem Zuschauer entgegenkommen, indem er seine Anliegen in eine Form kleidet, die auch einem grösseren Publikum zugänglich ist — sofern er dieses überhaupt erreichen will.

«11x14» vertritt ein wichtiges Anliegen, nämlich die Veränderung unserer festeingesessenen Sehgewohnheiten. Seine radikale Form aber scheint mir im Zusammenhang eines gesellschaftspolitischen Anspruchs verfehlt.

Doch auch für die anderen Künstler, die sich mehr auf den Inhalt konzentrieren und anstatt einer kleineren eine grössere Minderheit erreichen, ist die Situation nach wie vor unbefriedigend:

Biel: Wirbel um die «kulturtäter»

Wenn Kultur tätig wird

In Biel besteht seit 1968 ein Verein «kulturtäter», welcher sich das Ziel der Förderung von qualitativ ansprechender Kultur in der Provinz gesetzt hat. Seither haben die «kulturtäter» unter der Leitung von Olivier Blanchard eine reiche Fülle verschiedenartiger Programme in Biel realisieren können, mit Beiträgen der Staatskasse. Am 11. November nun wurde Blanchard entlassen. «das konzept» beleuchtet die Hintergründe.

Ein anspruchsvolles Kulturunternehmen abseits der grösseren Zentren erfordert neben Sachkenntnis ein tüchtiges Mass Durchhaltewillen. Der kulturelle Leiter, der Administrator und Werbelbeiter in einer Person, O. Blanchard, hat diesen Durchhaltewillen bewiesen. Eine lange Liste von Veranstaltungen, Theater, Mimen, Diskussionen usw., beweist ein reichhaltiges Programm über die vergangenen Jahre hinweg. Zum Beispiel fand 1974/75 das Festival der Schweizer Mimen statt, welches zum ersten Mal die elf bekanntesten Schweizer Mimen in einem Programm vereinigte. Sozusagen als Nebenprodukt lief noch eine 160 Seiten starke Dokumentation über dieses Festival ab.

1975 beauftragte die Direktion der Skulpturausstellung in Biel O. Blanchard, ein Strassentheaterprogramm aufzustellen: Das Programm, welches auch Aktionen und Happenings umfasste, brachte die «Geneviève Fallet Dance Company», die Strassentheatergruppe «Laila» aus Frankreich, die englische Gruppe «Welfare State», die «Materialaktionen» der Genter Gruppe «Ecart» und andere nach Biel.

Im Frühjahr 1977 wurde das «Living Theatre» engagiert; das Westschweizer Fernsehen hatte bereits die Übernahme der Unkosten der Theatergruppe zugesichert, dafür hätte es das Programm aufgezichnet. Dadurch wäre die Veranstaltung finanziell gesichert gewesen. Doch griffen die Bieler Polizei und auch der Gemeinderat ein und verboten die



Bilder aus: Valie Export, «Unsichtbare Gegner»

nichtkommerzielle, politisch engagierte Filme bleiben meist dem grossen Publikum vorenthalten und sind fast nur in Insiderkreisen wie Filmklubs usw. oder eben an einigen Filmfestivals zu sehen.

Gabrielle Baur (Nähere Informationen über das Internationale Forum des jungen Films an der Filmstelle der Uni, Ramistr. 66, 8001 Zurich, oder direkt beim International Forum des jungen Films, Weberstr. 25, 1000 Berlin 30.)

zuwenden gehabt, wenn diese in einem Saal stattgefunden hätte!

Programm nicht politisch einseitig

An solcher Haltung des Bieler Parlaments verwundert der Umstand, dass es sich beim Programm der «kulturtäter» gar nicht hauptsächlich um politisch engagierte Kultur handelt. Schon 1969 wurde eine Aufführung von «Romeo und Julietta» durch die «tréaux libres» verboten: Politik war nicht das Motiv. Es ist auch durchaus nichts politisch Subversives an italienischen Clowns oder an John Cage's moderner Musik zu finden. So wundert man sich denn über die Beweggründe, welche die Bieler Regierung dazu brachten, ihre Subventionen von der Entlassung Blanchards abhängig zu machen.

Auseinandersetzung um Kunstverständnis

Zahlte die Bieler Regierung 1974 noch 80 000 Fr. an die «kulturtäter», so schrumpfte dieser Betrag 1975 um 15%, 1976 um weitere 10% und 1977 schliesslich nochmals um 8%. Offiziell wurden diese Kürzungen mit der allgemeinen Finanzknappheit begründet. In Wahrheit steht jedoch das provinzielle Kunstverständnis eines Werner Hadorn im Spiel. Dessen Kulturverständnis konnte sich im Verein «kulturtäter» gegen Blanchards Auffassung nicht durchsetzen, weshalb er als Präsident abgewählt wurde. Blanchards progressives Konzept, moderne Kultur nach Biel zu bringen, konnte sich durchsetzen. 1976 spielte das «Teatro Campesino» aus den USA über das Problem der mexikanischen Schwarzarbeiter in den USA, das bündensdeutsche Kollektiv «Rote Röhre», die Berliner «Theatermanufaktur», das «Bread and Puppet Theatre» aus den USA und der «Grand Magic Circus», um nur einige zu nennen. Das moderne Theater brachte selbstredend auch soziale Problematik nach Biel — und hier wird denn auch Hadorns Verleumdungskampagne gegen Blanchard verständlich. Denn schon bei diesen Veranstaltungen der «kulturtäter» opponierte Hadorn, welcher noch Präsident war, in einer Weise, welche die Zusammenarbeit immer stärker erschwerte. Das führte dann auch zu seiner Abwahl.

Offentlich rügte man zwar nur den Umstand, dass ein grosser Teil des Beitrages der Stadt (etwa 80% der Mittel, gegen 20% kommen vom Kanton Bern und kleinere Beiträge von Organisationen wie etwa der Pro Helvetia) als Lohn für Blanchard ausbezahlt werde. Dahinter verbirgt sich jedoch die Angst vor allzu vielen Denkanstössen durch die Veranstaltungen.

Provinzialisismus setzt sich durch

Der Feldzug eines provinziellen Kulturverständnisses gegen eine progressive Konzeption setzte sich leider durch: Die Bieler Regierung schwankte ein und stellte das Ultimatum: Der 18 Mitglieder zählende Verein «kulturtäter» beugte sich und entliess den künstlerischen Leiter, um die Organisation zu retten. Dass damit jedoch nicht der Inhalt, sondern bloss die Form gerettet wurde, ist offensichtlich und stellt einen schweren Verlust für die Regionalisierung des Kulturbetriebs in der Schweiz dar.



Aus dem «Mimen»-Katalog der Kulturtäter: «Mimomagisches Theater».

Veranstaltung. Als Begründung wurde angeführt: *Biel sei von der Rezession stark betroffen worden; deshalb dürfe der Auftritt einer Truppe, deren Vorführungen nun heute in stärkerem Mass als noch vor einigen Jahren als extravagant einschätzen könne, von vielen Einwohnern weder verstanden noch goutiert werden. Im weiteren ist der Gemeinderat der Ansicht, es sei ein Zeichen von «Toleranz», wenn man darauf verzichte, sich durch Gesten und andere Handlungen zufällig anwesenden Passanten aufzudrängen, die diese weder zu sehen noch sich anzuschauen gewünscht hätten. Schliesslich erklärt der Gemeinderat, er hätte nichts gegen die Veranstaltung ein-*

TAGES ANZEIGER MAGAZIN



85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 22. Januar 1977

Tages-Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Verlagsstelle: 2048 & Niederrasse 21
Bretel, Postfach, 8021 Zürich
Verlag: Alpenroman, Lorenzstr. 45, 80 30, Zürich 30, 158
Abgabe von: 5.30 bis 18.00 Uhr, 18.00 bis 20.00 Uhr
Robertson 91.97 29 26, 18.00 bis 19.15 Uhr 14 182

Abendausgabe: 12.00 bis 1.00 Uhr
Abendausgabe: 12.00 bis 1.00 Uhr
Gründungs- & Anzeiger-Verlag AG, Zürich 11
Stellen: 27, 24, 24, 24, 24, 24, 24
Abdruck: 1.00 bis 1.00 Uhr, 1.00 bis 1.00 Uhr

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Oberanwalt

Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

- Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.
- Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.85
- vierteljährlich Fr. 19.65
- halbjährlich Fr. 33.90
- jährlich Fr. 77.-

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.